

# Stenographisches Protokoll

59. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode  
Mittwoch, 10. Juni 1998

## Inhalt

### Fragestunde (S. 5562)

Laudatio des Vorsitzenden Ersten Präsidenten Unterrieder an den ausscheidenden 2. LHStv. Mag. Karl-Heinz Grasser (S. 5577)

Erweiterung der Tagesordnung (S. 5578)

### Tagesordnung (S. 5578)

#### 1. Ldtgs.Zl. 8-3/27:

Wahl des 2. Landeshauptmannstellvertreters gem. Art. 49 Abs. 2 der Kärntner Landesverfassung (S. 5579)

#### 2. Ldtgs.Zl. 9-4/27:

Wahl des Ersatzmitgliedes des 2. Landeshauptmannstellvertreters gem. Art. 49 Abs. 5 der Kärntner Landesverfassung (S. 5579)

#### 3. Ldtgs.Zl. 10-2/27:

Angelobung eines Mitgliedes der Landesregierung und seines Ersatzmitgliedes gem. Art. 50 Abs. 1 der Kärntner Landesverfassung (S. 5579)

#### 4. Ldtgs.Zl. 177-93 bis 99/27:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten für das Jahr 1999 mit einem Budgetbericht einschließlich Änderun-

ungen und Ergänzungen zum Budgetprogramm im Sinne des Art. 61 Abs. 2, 3 und 4 K-LVG und einer mittelfristigen Vorschau über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung für die Jahre 2000 bis 2002 sowie zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum LVA 1999 erteilt werden

Einbegleitung durch Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto (S. 5580)

### Mitteilung des Einlaufes

Anträge von Abgeordneten:

#### 1. Ldtgs.Zl. 723-1/27:

Antrag von Abgeordneten aller drei im Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, FPÖ, ÖVP) betreffend den Transport von radioaktivem Material durch Kärnten

Zuweisung: Ausschuß für Verkehrspolitik und Straßenbau (S. 5598)

#### 2. Ldtgs.Zl. 555-3/27:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Aufrechterhaltung der Zweigstelle Süd in Klagenfurt bei Ausgliederung des Umweltbundesamtes

Zuweisung: Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik (S. 5598)

**Beginn:** Mittwoch, 10.6.1998, 9.05 Uhr

**Ende:** Mittwoch, 10.6.1998, 12.11 Uhr

### Beginn der Sitzung: 9.05 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Unterrieder**,  
Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**,  
Dritter Präsident **Dr. Wutte**

A n w e s e n d : 33 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Kollmann, Koncilia, Markut**

B u n d e s r ä t e : **Dr. Harring, Richau**

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser** (bis zum Ende der Fragestunde), Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (ab seiner Wahl und Angelobung), Landesrat **Dr. Haller**, Landesrätin **Achatz**, Landesrat **Lutschounig**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

Schritfführer: Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich eröffne die 59. Sitzung des Kärntner Landtages. Diesmal ist kein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde eingebracht worden. Wir kommen daher zur Fragestunde.

## Fragestunde

### 1. Ldtgs.Zl. 539/M/27:

#### Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler! Es sind Studenten an mich herangetreten, die in Wien vor allem an der Veterinärmedizinischen Universität studieren wollen und leider keinen Heimplatz auftreiben können. Es hat zwischen dem Studentenheimverein der Gesellschaft der Freunde der Veterinärmedizinischen Universität Wien und der Kärntner Landesregierung einen Schriftwechsel gegeben, schon im Jahr 1996, als dieses Studentenheim errichtet wurde. Ich gehe hier nur auf die wesentlichen Sachen ein. Da steht drinnen: "Wie Sie aus der beiliegenden Aufstellung ersehen, sind in unserem Studentenappartementshaus derzeit 45 Studierende aus dem Bundesland Kärnten untergebracht und weitere zehn für unterschiedliche Termine für das Jahr 1997 fixiert vorgemerkt. Wir haben die betroffenen Kärntner Studentinnen und Studenten vorsorglich darauf aufmerksam gemacht (*Vorsitzender: Ich bitte, zu fragen!*) und auch darauf hingewiesen, daß das Land Kärnten in Wien in 13 anderen Heimen das Einweisungsrecht bei insgesamt 406 Kontingentplätzen besitzt. Rückfragen einzelner Studierender haben ergeben,

daß die Heime doch ausgelastet sein dürften. Abgesehen davon hat die möglicherweise notwendige Unterbringung der Kärntner Studierenden in anderen Heimen besonders bei jenen Bestürzung hervorgerufen, (*Vorsitzender: Ich bitte, zu fragen!*) die das Studium der Veterinärmedizin gewählt haben, da der große Vorteil des Wohnens in unmittelbarer Nähe der Universität dann wegfallen würde."

Es waren dann die Schreiben von Ihrer Abteilung ... (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, das ist eine Fragestunde, bitte, und keine Lesestunde!*) Ja, bitte, ich muß aber ... (*Vorsitzender: Bittschön, Sie können nicht einen ganzen Roman vorlesen. Ich habe ohnehin einiges toleriert. Ich bitte, zu fragen!*) Ich erläutere, worum es in dieser Frage geht. (*Heiterkeit im Hause. - Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Ich glaube, das muß gestattet sein!

Faktum ist, daß bei diesem Studentenheim die Kärntner Landesregierung einfach nicht mitzahlen wird. Jetzt ist meine Frage an Sie: Welche Studentenheime in Wien werden von der Kärntner Landesregierung gefördert?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ)

In Wien gibt es folgende Förderungen: für das Studentinnenheim in der Heimbürgerstraße, für das Haus Margarethen in der Margarethenstraße, für das Kärntnerheim in der Erlachgasse, für das Adolf-Schärf-Studentenheim in der Hirschengasse, für das Adolf-Schärf-Studentenheim Windobona in der Laudongasse, für das Studenten-

**Dr. Ausserwinkler**

haus in der Tendlergasse, für das Haus Dr. Schärf in der Lorenz-Müller-Gasse, für das Haus Panorama in der Brigittenauer Lände, für das Österreichische Studentenheim in der Fürichgasse, für das Studentenheim in der Großen Schiffgasse, für das Jugendstudentenheim Mittelgasse, für das Studentinnenheim Tscheilengasse, für das Studentenheim Korotan in der Albertgasse und für das Musikstudentenheim in der Johannesgasse.

Dann gab es zeitweise Förderungen - je nach Wunsch von diesen Heimen: für das Studentenhaus Döbling, für das Studentenwohnhaus Hochschule Musik in der Johannesgasse und für das Studentenheim in der Fürichgasse auch teilweise eine zusätzliche Förderung.

Was Ihre Anmerkung zum Heim in der Nähe der Veterinärmedizinischen Fakultät betrifft: Was wir in Zukunft nicht mehr wollen ist, daß wir uns in einer Form fix binden, wo wir dann nicht mehr flexibel reagieren können. Es kann sein, daß es Jahre gibt, in denen mehr Studenten sich anmelden und dann Jahre, wo weniger Studenten Heimplätze benötigen. Und da gibt es einige alte Verträge, die so abgeschlossen worden sind, daß wir für leere Studentenheimplätze zahlen.

Ich habe auch den Veterinärheimvertretern gesagt, daß ich gerne zwischendrin für Zahlungsflüsse bin - aber nicht in dem Sinn, daß wir längerfristige Verpflichtungen eingehen, die eventuell in die Richtung gehen, daß wir dann, wenn weniger Studenten da sind, zur Zahlungsleistung verpflichtet sind.

Was die Situation in Wien insgesamt betrifft, ist es so, daß im letzten Jahr 80 % der Heimplätze, auf die wir Zugriffsmöglichkeit haben, gefüllt waren. Das heißt, daß bei den Studenten, die den Wunsch auf einen Heimplatz haben, ein gewisser Rückgang gegeben ist. Es ist technisch auch nicht immer ganz leicht abwickelbar, denn es kommt oft eine große Zahl an Anmeldungen, aber dann, im Herbst, nach ein oder zwei Monaten, finden Studenten offensichtlich andere Unterkünfte und melden sich wieder ab. Ich habe es bisher abgelehnt, diese Studenten zu irgendwelchen Zahlungsleistungen zu verpflichten. Wenn sie den Platz nicht in Anspruch nehmen, können sie dann

zurücktreten, ohne größere Zahlungen zu leisten, weil man das Studenten nicht zumuten kann.

Deshalb gibt es in Wien keinen Stau vor den Heimen. Es besteht die Situation, daß möglicherweise eine Sonderregelung ins Auge gefaßt werden muß, wie wir es beispielsweise bei der Musikhochschule gemacht haben. Es ist vollkommen klar, daß Musikhochschüler sehr viel an Instrumenten üben müssen und nicht in jedem Heim in der Form einen Platz finden. Dieses Heim für die Musikhochschüler ist speziell ausgestattet. Man hat mir allerdings nicht erklären können, ob Veterinärstudenten irgendwelche Tiere mit ins Heim nehmen müssen, um ihr Studium entsprechend abwickeln zu können.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter Schlagholz!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ist in Summe das Kontingent an Heimplätzen für Kärntner Studenten in Wien und auch in Graz ausreichend für den Bedarf, den es seitens der Kärntner Studenten gibt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, es ist so, daß es in Wien bis 1994 tatsächlich einen gewissen Engpaß gab. Ich habe dann diese flexiblen Lösungen zusätzlich zu den bestehenden Kontingentplätzen dazuverhandelt, das heißt, daß wir kurzfristig Plätze durch das Land Kärnten ankaufen bzw. uns dort das Einweisungsrecht sichern konnten.

Ich habe eine dritte Förderungsform gefunden, daß wir einigen Heimen bei Reparaturarbeiten etwas dazugegeben haben und dadurch auch die Möglichkeit für Kärntner Jugendliche geschaffen wurde, daß die bevorzugt unterkommen. In Graz ist die Situation so, daß fast eine hundertprozentige Ausnutzung der

**Dr. Ausserwinkler**

Plätze erfolgt. Es ist interessanterweise auch in Graz so, weil der Wohnungsmarkt dort sehr, sehr schlecht ist, daß wenige Studenten im Herbst abspringen und dann im Heim bleiben.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! - Bitte, Herr Abgeordneter Schwager, Sie haben noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Ja, danke! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Es geht da immerhin um 40 bis 50 Studenten. Werden Sie mit dem Studentenhausverein der Gesellschaft der Freunde der Veterinärmedizinischen Universität Wien in diese Richtung Kontakt aufnehmen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, ich bin in permanentem Kontakt mit Prof. Leibetseder, der sich mir gegenüber als Vertreter und Lobbyist für dieses Heim genannt hat. Ich bin sicher, daß wir hierbei zu irgendeiner Lösung kommen. Ich kann aber derzeit allen Studenten anbieten, die derzeit warten, daß sie Plätze in Wien bekommen. (*Abg. Schwager: Danke!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die 1. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 2. Anfrage:

**2. Ldtgs.Zl. 540/M/27:**

**Anfrage des Abgeordneten Mitterer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Es freut mich, daß Sie nach Ihrem Unfall wieder halbwegs gesund bei uns weilen können! Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich freue mich, daß ich wieder halbwegs gesund da bin und darf festhalten, daß meine Brüche im Heilen begriffen sind. Im übrigen freue ich mich, daß mir der Beweis gelungen ist, daß ich einer jener Politiker bin, die mit Hirn ausgestattet sind: Denn ansonst wäre es nicht möglich gewesen, im Sinne meines Radunfalles auch eine schwere Gehirnerschütterung davonzutragen. (*Heiterkeit im Hause*)

Olympia 2006 (*Zwischenrufe im Hause*) eine Frage, die den Landtag schon längere Zeit beschäftigt. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Frage, immer auch in den Raum gestellt, Konsens ja oder nein. Ein Wort, das auch in der letzten Zeit sehr oft im Raum stand. Ich sage ja, wenn es darum geht, in Kärnten den Erfolg auch weiterzubringen, sich um die Olympiade 2006 zu bewerben und sie schließlich auch zugesprochen zu erhalten. Konsens gibt es dort nicht, wo wir feststellen, daß es Mängel in der Bewerbung selbst gibt. Nun wissen wir, daß es eine Zusicherung der beiden Mitbewerber und Partner, Friaul-Julisch Venetien und Slowenien gibt, daß sie sich zu je einem Drittel an den Bewerbungskosten beteiligen werden. Die anderen drei Finanzierungsphasen sind ja im Prinzip geklärt. Eine, die innerösterreichische Bewerbung ist abgeschlossen, die dritte, das sind die Investitionen, die in jedem Land stattfinden und die vierte ist die Durchführung, die aufgrund von Sponsoring ja gesichert ist.

Aber die Phase zwei, die Bewerbung international, die sollte ja 80 bis 100 Millionen Schilling ausmachen, ist meines Wissens noch nicht gesichert. Daher frage ich Sie:

In welcher Höhe beteiligen sich Italien und Slowenien an den Kosten der Olympiabewerbung Klagenfurt 2006?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Es gab mehrere Phasen in der Bewerbung, auf die ich das letzte Mal schon hingewiesen habe. In der Phase, nachdem wir quasi mit Klagenfurt die Führung übernommen haben, bestand noch die Gesellschaft Tarvisio 2002, eine 50 Prozent-Parität zwischen Kärnten und Italien und eine lose Vereinbarung mit Slowenien, welche Sach- und Personalleistungen in die Aufgaben mit einbringen, die von dieser Gesellschaft erfüllt werden müssen.

Es war dann die Sonderkonstruktion, nachdem Kärnten die Führung übernommen hat. Diese Gesellschaft Tarvisio 2006, so hat sie zu diesem Zeitpunkt geheißen, ist auch bestehen geblieben, weil ja nicht klar war, wie sich Österreich entscheiden wird.

Ich habe dann aber, um auch den Formen gerecht zu werden, dort von den Italienern die Präsidentschaft in dieser Gesellschaft übernommen. In dieser Phase ist das internationale Lobbying auch, soweit es notwendig war, über diese Gesellschaft weitergeführt worden, beispielsweise Auftritte in Brüssel, an die sich vielleicht einige in diesem Hause erinnern, die sehr erfolgreich waren, Auftritte in Straßburg, die sind von dieser "Tarvisio 2006" finanziert worden. Slowenien hat hier immer Personal- und Sachleistungen eingebracht. Sonst gab es die 50 zu 50 Aufteilung.

Nach der Entscheidung in Österreich haben wir dann daran gearbeitet, die Kärntner Gesellschaft, also österreichischen Rechts, zustandezubringen. Sie wissen, daß die dann im März, April, auf die Beine gekommen ist. Es wurde festgelegt, daß es ein Stammkapital von 12 Millionen Schilling in dieser Gesellschaft gibt. Es gibt rechtsverbindliche Zusagen und entsprechende Eintrittserklärungen in die Gesellschaft unserer Partner Italien und Slowenien, sich zu je einem Drittel am Stammkapital zu beteiligen. Wir haben gleichzeitig unseren Partnern vorgelegt, daß wir mit einem Budgeterfordernis im operativen Bereich von zusätzlich 48 Millionen Schilling rechnen müssen und auch da die Drittel-Teilung vorgeschlagen. Hier gibt es von Italien einen

Beschluß, auch hier das Drittel zu zahlen. Von Slowenien gibt es einen bedingten Beschluß, nämlich einmal primär 9,6 Millionen Schilling einzubringen, aber mit dem Zusatz, für die ersten offiziellen gemeinsamen Sitzungen in der Gesellschaft, wo auch das Budget beschlossen wird, das auf das Drittel aufzustocken, wenn aus den Budgetunterlagen hervorgeht, daß auch der gemeinsame Drittel-Nutzen vorhanden ist, was wir leicht erklären können, da es um die Bearbeitung des BID-Buches und um ähnliche Dinge geht, die für alle drei Partner wichtig sind.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Nein, das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? Das ist auch nicht der Fall. Bitte Herr Abgeordneter, Sie haben die Möglichkeit eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Diese Fakten waren mir zum Großteil schon bekannt. Nur wissen wir aber, daß wir mit den 48 und 12 sind 60 Millionen Schilling nicht das Auslangen finden werden - nachdem jetzt zum Beispiel auch der gescheiterte Olympiamanager Novak voll hier seine Forderungen geltend macht. Wo gibt es die Zusicherung dieser beiden Partner, daß sie auch bis zu in etwa 100 Millionen Schilling in der Bewerbungsphase ihr Schärfflein dazu beitragen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Es sind sich alle drei Partner darüber im klaren, daß wir auch Sponsorgelder mit aufreiben müssen. Von allen drei Seiten gibt es hier intensive Bemühungen. Es sind mir von italienischer und slowenischer Seite gerade in den letzten Tagen Ansprechpartner genannt worden, die auch hier mit eintreten wollen. Aber jetzt sitzen wir zu dritt in der Gesellschaft. Jetzt sind alle

**Dr. Ausserwinkler**

Beschlüsse dort über Budget, Budgetausweitungen gemeinsam zu tragen.

Was das Marketingbudget betrifft, hat das jedes Land für sich aus diesem Gesellschaftsbereich ausgelagert, das heißt, in Kärnten über die Kärnten-Werbung, in Friaul über die Promotour und in Slowenien über entsprechende Tourismus-Bewerbungsorganisationen. Aber koordiniert wird natürlich auch über die Gesellschaft, daß es hier zu einer Absprache kommt im Marketingbereich.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage zwei erledigt. Wir kommen zur Anfrage

**3. Ldtgs.Zl. 546/M/27****Anfrage des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Landesausstellung in Hüttenberg ist beinahe vergessen. Sie wäre es wahrscheinlich zur Gänze, gäbe es da nicht das finanzielle Desaster, das den Steuerzahler in Land und Gemeinde noch länger belasten wird. Also finanzielle Nachwehen anstatt einer Nachnutzung oder maximal eine politische Nachnutzung.

Es hat im Zuge dieser Landesausstellung auch einen Koordinator gegeben, dessen Wirken sehr im Verborgenen geblieben ist. Zumindest in Hüttenberg war er gar nicht, bis wenig gesehen worden. Daher interessiert nicht nur mich die Frage, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler:

Welche konkreten Ergebnisse hat Herr Anton Leikam in seiner Funktion als Koordinator für die Landesausstellung Hüttenberg erbracht?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter. Ich muß einmal eines noch klar sagen. Die Abwicklung hin zur Landesausstellung Hüttenberg ist korrekt und ausgezeichnet erfolgt. Hier hat die Hochbauabteilung auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Kulturabteilung Vorbereitungsarbeiten getroffen, die sauber, ordentlich gelaufen sind. Das was Sie ansprechen, waren Auftragsvergaben, die von seiten der Gemeinden an Firmen gekommen sind, nur um das einmal klarzustellen. Die Aufgaben, die vom Land her in diesem Zusammenhang zu erledigen waren, sind sauber und ordentlich abgewickelt worden. Und von den Besucherzahlen bei der geographischen Lage von Hüttenberg war diese Ausstellung auch als Erfolg zu bezeichnen.

Die Koordinationsfunktion von Anton Leikam, die Sie ansprechen, begann 1991. Damals hat mein Vorgänger ihn in diese Funktion gebracht und zur Koordination für die erste Kärntner Landesausstellung in Hüttenberg zugeteilt. Am Anfang war es notwendig, daß Koordination in der Gemeinde vorzunehmen war, daß konkret wichtige Museumsprojekte abzuwickeln waren. So ging es um die Verlegung des Heinrich Harrer-Museums von Knappenberg nach Hüttenberg, die Sanierung des Schaubergwerkes Knappenberg, den Ausbau des Geo-Zentrums Knappenberg und die Verlegung der Mineralienschau von Hüttenberg nach Knappenberg. Besonders die damalige Sanierung des Schulgebäudes, in dem jetzt das Heinrich Harrer-Museum untergebracht ist, hat sehr viele Schwierigkeiten und Probleme mitgebracht. Gespräche vor Ort und die Koordination mit verschiedenen Abteilungen der Kärntner Landesregierung waren dazu notwendig. Dann kam es zur Vernichtung des Geo-Zentrums in Knappenberg durch einen Brand, wo auch wieder akut Probleme und neue Koordinationsaufgaben notwendig waren. Die bis dahin, 1993, geplante Landesausstellung wurde in der Folge, auch noch vor meiner Amtszeit, aus diesen bekannten Gründen, auf 1995 verschoben. Auch damals mußte wiederum einiges an Koordinationsarbeit übernommen werden. In der Folge wurde 1994 die

**Dr. Ausserwinkler**

Organisationsstruktur des Ausstellungsbüros aufgebaut und der Leiter des Landesausstellungsbüros wurde Dr. Leitner, der dann dem Mitarbeiter Leikam klare Aufgaben zuwies. Dabei ging es um die Erstellung eines Verkehrskonzeptes, um ein Sonderförderungsprogramm für die Gewerbebetriebe, um eine Adaptierung des Hauses der Norischen Region. Es ging darum, schon im Vorfeld der Landesausstellung möglichst viele Großveranstaltungen nach Hüttenberg zu bringen, wie etwa landesweite Blasmusikertreffen, Talsingen, Angelobung von Bundesheersoldaten, Feuerwehrtreffen und eine ganze Reihe weiterer solcher Treffen. Es ging in der Folge darum, den Verein "Norische Wirte" mit in das Programm der Landesausstellung einzubeziehen. Es ging dabei auch um die Vorbereitung der Anstellung von Leuten bei der Landesausstellung zur Betreuung des Gebäudes. Es war notwendig, die Hauptaufgabe vor allem im Jahr der Landesausstellung, Sponsoren mit an Bord zu bringen, die auch in entsprechender Zahl Sponsorgelder mit eingebracht haben. Während der Ausstellung selbst war es das Organisieren von internationalen und nationalen Besucherempfangen in und um Hüttenberg. Es ist doch gelungen, Vertreter der Bundesregierung, Vertreter ausländischer Regierungen auch zu Veranstaltungen nach Hüttenberg zu bringen. Es ist das alles eindeutig protokolliert, seit 1991, in einem Protokoll entsprechend notiert und nachvollziehbar.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Nein, das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? Das ist auch nicht der Fall. Bitte Herr Abgeordneter, Sie haben die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich habe vernommen, daß Sie für unsereins chemische Mittel bereithalten. Jetzt frage ich Sie, welche Mittel werden Sie einsetzen, um den Endbericht des Koordinators endlich vorlegen zu können?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Ich habe das Wort "chemische" Mittel verwendet, weil es mir als Arzt verboten ist, für Valium Werbung zu machen. Was in dem Zusammenhang zu sagen ist: Es liegt ein Protokoll vor, an dem Sie sich orientieren können, das auch für jeden einsehbar ist und ich sehe dieses Protokoll als Bericht über die Aufgaben an.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage

**4. Ldtgs.Zl. 547/M/27:**

**Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Warum werden im Medienspiegel des LKH Klagenfurt, wie beispielsweise am 4. März 1998, ausschließlich Pressedienste der Kärntner Volkspartei veröffentlicht?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Der Pressespiegel des Landeskrankenhauses Klagenfurt hat bis März etwa 2000 Seiten ausgewiesen. In diesen 2000 Seiten wurde Informatives und weniger Informatives unter die Mitarbeiter des Klagenfurter Landeskrankenhauses gebracht. Ich persönlich habe mir eine Stellungnahme des Direktoriums eingeholt, in der es heißt, daß alle krankenhausrelevanten Aussendungen, egal woher sie kommen, auch in den Medienspiegel mit aufgenommen werden. Ich glaube, man kann auf einige verzichten.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Nein, das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? Das ist auch nicht der Fall. Bitte Herr Abgeordneter, Sie haben die Möglichkeit eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Warum werden Aussendungen der SPÖ und FPÖ im Pressespiegel dann nicht aufgenommen, obwohl sie von gesundheitlicher Relevanz sind?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Ich werde beobachten, ob meine Aussagen von gestern mit aufgenommen werden und dann ein Urteil darüber abgeben. (*Beifall im Hause.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Die Anfrage

#### **5. Ldtgs.Zl. 548/M/27:**

##### **Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Trunk an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser**

Diese Anfrage wurde von der Frau Abgeordneten zurückgezogen.

Wir kommen zur Anfrage

#### **6. Ldtgs.Zl. 549/M/27:**

##### **Anfrage des Herrn Abgeordneten Bergmann an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser**

Abgeordneter **Bergmann** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Nachdem eines der wichtigsten Autobahnstücke in Kärnten, die

Verbindung von Völkermarkt - Klagenfurt dem Ende zugeht, möchte ich an Sie die Frage stellen:

Wie hoch belaufen sich derzeit die tatsächlichen Einsparungen beim Lückenschluß der A2 Südautobahn zwischen Klagenfurt/Dolina und Völkermarkt Ost?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser** (FPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf eingangs nur der Form halber darauf hinweisen, daß die Fragestellung eigentlich nicht den selbständigen Wirkungsbereich des Landes berührt und daher nicht vom Fragerecht im Sinne des § 22 der geltenden Geschäftsordnung des Kärntner Landtages berührt und daher eigentlich nicht beantwortet werden sollte. Es war mir aber natürlich ein großes Anliegen (*Vors.: Sie haben die Möglichkeit, das zu tun oder nicht zu tun!*) für den Herrn Abgeordneten trotzdem zu recherchieren und die ÖSAG zu befragen, wie das Verhältnis der ursprünglichen Kostenschätzung zu den tatsächlichen Einsparungen ist. Ich darf Ihnen die Auskunft der Vertreter dieser Gesellschaft übermitteln. Die Antwort lautet: Zum derzeitigen Zeitpunkt ungefähr 550 Millionen Schilling. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das Preisniveau wesentlich unter den Erwartungen gelegen ist. Die Gesellschaft sagt, die Kostenschätzungen waren in Ordnung, aber das Preisniveau in der Bauwirtschaft ist einfach auf dem Stand der letzten zehn Jahre, das war auch unsere Erfahrung, so daß wir das Glück für den Steuerzahler haben, hier einmal 550 Millionen Schilling niedriger zu liegen als ursprünglich erwartet.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Seitens der FPÖ? - Das ist auch nicht der Fall. Bitte, Sie haben noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage.



Abgeordneter **Bergmann** (ÖVP):

Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich bedanke mich für die Beantwortung dieser Frage. Es war meine Frage sehr wichtig. Nachdem es, so wie Sie gesagt haben, zirka 550 Millionen Schilling an Einsparungen gegeben hat, geht meine Zusatzfrage in diese Richtung: Haben Sie sich schon dafür eingesetzt, daß dieses Geld, das hier eingespart wurde, auch in Kärnten noch für wichtige Bauvorhaben im Zuge des Ausbaues der Autobahnen Verwendung findet?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen versichern, daß es mir ein Anliegen war, im Bewußtsein, daß die Bauwirtschaft in Kärnten auf der einen Seite eine schwierige Situation hat, auf der anderen Seite aber ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor was die Arbeitsplätze betrifft ist, mit dem Wirtschaftsminister darüber Gespräche zu führen. Wir haben ihm einen ganzen Katalog von möglichen Ausbauprojekten des Landes mit der Zielsetzung übermittelt, dieses Geld trotzdem in Kärnten umsetzen zu dürfen, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Kärnten absichern zu können. Ich hoffe, daß der Herr Wirtschaftsminister das Verständnis dafür hat, darf aber auch bei Ihnen darum werben, nachdem er Ihrer Fraktion nicht ganz fremd ist, auch dafür einzutreten, daß das Geld wirklich nach Kärnten kommt. *(Abg. Bergmann: Danke! - Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

#### **7. Ldtgs.Zl. 550/M/27:**

#### **Anfrage des Abgeordneten Ramsbacher an Landesrätin Dr. Sickl**

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrat! aus den Medienberichten konnte man entnehmen, daß Anschlußwerber maximal nur 10 % der Anschlußkosten beim Kanalanschluß bzw. pro Einheit maximal 35.000 Schilling

zahlen müßten. Ich frage Sie also: Wieviele Betreiber von Abwasserbeseitigungsanlagen haben in den letzten drei Jahren 1995, 1996 und 1997 über 85 % nicht rückzahlbare Förderungen erhalten und wieviele werden 1998 über 85 % bis 90 % der oben angeführten Förderungen erhalten?

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf die Frage wie folgt beantworten: Gott sei Dank hat es in den in Frage stehenden Jahren überhaupt keine so hohe Förderung geben müssen. Das ist ein Zeichen dafür, daß in Kärnten derzeit der Kanal sehr billig gebaut wird. Ich kann Ihnen versichern, daß die Förderung so aufgebaut ist, daß der Bürger letztendlich 35.000 Schilling für die Bewertungseinheit bezahlt. Nur dann, wenn die Projekte sehr, sehr teuer sind, fließt eine so hohe Bundesförderung. Es ist also ein gutes Zeichen, daß es in Kärnten in den letzten Jahren nicht notwendig war, eine so hohe Bundesförderung in Anspruch zu nehmen.

Was in Zukunft sein wird, darüber kann ich nichts sagen. Ich darf nur sagen, daß es ja unser gemeinsames Anliegen ist, in Kärnten den Kanal so günstig wie möglich zu bauen, um mit den verfügbaren Bundesmitteln so viel wie möglich Entsorgungsprojekte in den Gemeinden, die alle sehr aktiv geworden sind, durchzubringen. Erfreulicherweise darf ich hier von einer nahe bevorstehenden gemeinsamen Vorgangsweise berichten. Über meine Initiative gab es einen Entschließungsantrag im Nationalrat, daß nach dem Umweltförderungsgesetz mehr Geld nach Kärnten fließen möge, da die ökologische Priorität dort eine wesentliche Rolle spielt und bei uns Ortskerne noch zu entsorgen sind, die einen wesentlich höheren ökologischen Effekt bringen werden als in anderen Bundesländern Randgebiete mit sehr hohen Kosten. Erfreulicherweise haben sowohl der Herr Landeshauptmann als auch der Klubobmann Schiller ihre Bereitschaft erklärt, gemeinsam diesen Antrag in Wien einzubringen, damit es uns gelingen möge, in Zukunft mehr Mittel nach Kärnten zu bringen. Das heißt nicht, daß wir gemeinsam teurere Projekte finanzieren wollen, sondern daß wir darauf bestehen, daß die Projekte so

**Dr. Sickl**

kostengünstig wie möglich gebaut werden, aber daß wir mit noch mehr Geld noch mehr Projekte in Kärnten umsetzen können und damit auch dem Bürger aus dem Schneider helfen, der dadurch entstanden ist, daß das Wasserrechtsgesetz die Fristen setzt und es notwendig ist, daß die Gemeinden so rasch wie möglich den Entsorgungsgrad anderer Bundesländer erreichen. *(Beifall von der FPÖ- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Seitens der FPÖ? - Bitte, Dipl.-Ing. Gallo.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Frau Landesrätin! Sie haben in Ihrer Antwort ausgeführt, daß in Kärnten billig gebaut wird, daher frage ich Sie: Was sind die Gründe für diese Umstände?

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Frau Landesrätin Dr. Sickl, bitte.

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Es ist aus den bereits erwähnten Gründen unser gemeinsames Bemühen, so kostengünstig wie möglich zu bauen. Dazu war eine gemeinsame Vorgangsweise des Landes Kärnten notwendig. Wir haben 1996 einen gemeinsamen einstimmigen Regierungsbeschluß zur Abwasserbeseitigungsvorgangsweise in Kärnten gefaßt. Es wurden über meinen Auftrag von der Abteilung Leitlinien über Einsparungspotentiale im ländlichen Abwasserbau erarbeitet, die zu Kostenreduktionen bis zu 30 % im Kanalbau geführt haben. Es werden auch alle Maßnahmen unterstützt, die in weiterer Folge kostengünstigen Kanalbau erreichen können. Das heißt Abspecken von Projekten, dezentrale Teile aus dem Projekt herausnehmen, denn genau diese dezentrale Entsorgung bewirkt lange

Kanalstränge und macht das Projekt teuer. Man muß auch die Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen. Wir haben genügend Bürger, die bereit sind, im dezentralen Raum eigene Lösungen auf die Beine zu stellen. Ich unterstütze und forcieren daher auch die Genossenschaftsgründung. Wir haben dabei einige Beispiele, die bereits funktionieren, so z. B. Mölbling oder Trebesing. Aber auch Betreibermodelle, gemeinsames Projektmanagement und andere Möglichkeiten sind im Laufen, um die Gemeinden bei der Umsetzung des Kanalbaues zu unterstützen. Es ist so, daß das Kanalprojekt eines der wichtigsten, der größten und teuersten Projekte darstellt, das eine Gemeinde jemals zu lösen hat. In diesem Sinne ist es auch notwendig, daß das Land die Gemeinden dabei unterstützt, damit sie diese Projekte so kostengünstig und zeitsparend wie möglich durchführen können.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Der Fragesteller hat noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Ja, ich habe schon noch eine Zusatzfrage. Frau Landesrat, Sie haben mir leider keine Abwasserbeseitigungsanlage nennen können, die über 85 bis 90 % Förderungen erhalten hat, das ist auch logisch, noch dazu keine rückzahlbaren Förderungen, denn es ist ja nur die Landesförderung ein direkter Zuschuß, denn die Bundesförderung muß zurückgezahlt werden. Das ist das Wichtigste, was man der Bevölkerung draußen sagen muß. Sie haben ganz recht, es ist meistens das größte und teuerste Projekt in einer Gemeinde. Ich bin aber nicht ganz der Meinung, daß wir am billigsten bauen. Das sieht man allein schon, wenn man die steirischen Richtlinien anschaut. Die haben alle hundert Meter einen Kanalschacht, wir haben Richtlinien, nach denen wir bereits alle dreißig Meter einen Kanalschacht haben müssen. *(Vors.: Bitte die Frage!)* Ich frage Sie daher nochmals. Sie haben erwähnt, daß die Anschlußwerber nur 10 % bezahlen müssen, es ist aber so, daß auch Zwischenfinanzierungen und die

**Ramsbacher**

Rückzahlungen notwendig sind. Wieviele haben tatsächlich nur 10 % bezahlt?

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Frau Landesrätin Dr. Sickl, bitte.

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, erstens darf ich aufklären: Es ist nicht richtig, wie Sie sagen, daß nur die Landesförderung nicht rückzahlbar ist, sondern auch die Bundesförderung ist ein nicht rückzahlbarer Annuitätenzuschuß. In der Vergangenheit bis 1993 war das ein Kredit des Bundes, der zurückzuzahlen war. Wir haben jetzt das neue Umweltförderungsgesetz und nach dem ist die Bundesförderung nicht rückzahlbar.

Seien wir doch froh, daß es in Kärnten keine Projekte in den letzten drei Jahren gegeben hat, die mit 80 und mehr Prozent Förderung gefördert werden mußten. Das ist ja nur ein Anzeichen dafür, daß das Projekt sehr teuer ist, wenn es eine hohe Förderung gibt. Mit der Förderung wird ja so weit herabgefördert, daß immer wieder der Bürger nur 35.000 Schilling Anschlußgebühr für die Bewertungseinheit zahlen muß. Das wird durch die verschiedene Förderung bewirkt. Wenn ein Projekt günstig ist, dann ist eben die Förderung billiger, damit der Bürger 35.000 Schilling bezahlen muß. Wenn das Projekt sehr teuer ist, Gott sei Dank haben wir in der Vergangenheit keine solchen Projekte mehr, dann muß eben eine höhere Förderung fließen, damit der Bürger wiederum nur 35.000 Schilling Anschlußgebühr zahlen muß.

Mein Anliegen - und das wird Gott sei Dank von allen unterstützt - ist ja, daß wir günstige Projekte bauen, damit wir so wenig wie möglich Förderung für die einzelne Gemeinde brauchen und die Förderung zur Befriedigung möglichst vieler Projekte in Kärnten vergeben werden kann.

Sie sagen, die steirischen Leitlinien sehen einen günstigeren Kanalbau vor. Das ist nicht richtig. Wir haben am 1. Oktober 1995 Leitlinien über Einsparungspotentiale im ländlichen Abwasserbau entwickelt. Das sind technische Leitlinien,

durch die bewirkt wird, daß die Zivilingenieure und die Baufirmen verhalten sind, so sparsam wie möglich aus technischer Sicht, den Kanal zu bauen. Das heißt, wenig tiefe Kynetten, denn das macht den Bau teuer, möglichst große Schachtabstände und einen möglichst geringen Kanaldurchmesser. Das sind alles Maßnahmen, die aus technischer Sicht den Kanalbau günstiger gestalten, und das passiert bei uns in Kärnten.

**8. Ldtgs.Zl. 551/M/27:****Anfrage des Abgeordneten Ing. Eberhard an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Auch in Kärnten haben wir zunehmend das Problem, daß fertig ausgebildete Musikschullehrer auf eine Anstellung warten, andererseits haben wir die Situation der Doppelbeschäftigung von Lehrern in den Musikschulen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich frage Sie daher: Wieviele Hauptschullehrer unterrichten in Kärnten zusätzlich zu ihrer Hauptschulunterrichtstätigkeit auch in Musikschulen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Von den 272 Musikschullehrern sind das sieben.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Seitens der FPÖ? - Bitte, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler! Wie groß ist das Einsparungspotential für diese Doppellösung?

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe leider die Frage nicht ganz verstanden. Wir haben sieben Hauptschullehrer von den 272 Musikschullehrern, die das gleichzeitig machen. Es haben fachliche Gründe eine Rolle gespielt, weil es Instrumente waren, welche zu diesem Zeitpunkt, als die Hauptschullehrer beschäftigt worden sind, von niemand anderem hätten unterrichtet werden können. Ich kann Ihnen nicht vorrechnen, was für Synergieeffekte dadurch zustande kommen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Der Fragesteller hat die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wieviele Musikschullehrer warten in Kärnten auf eine Anstellung?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, es gibt keine Warteliste in dem Sinn, sondern es gibt das Objektivierungsverfahren, das heißt, es wird eine Stelle vom Land ausgeschrieben, dann melden sich jene, welche dieses Instrument unterrichten. Ich kann nur sagen, es ist ganz unterschiedlich, wieviele sich dann melden. Von

einer Meldung bis zehn Meldungen haben wir in den letzten zwei Jahren je Objektivierung erlebt.

**9. Ldtgs.Zl. 552/M/27:**

**Anfrage des Abgeordneten Wedenig an Landesrätin Dr. Sickl**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Nachdem diese Anfrage bereits vor einigen Monaten abgegeben wurde und mir in der Zwischenzeit eine neue Information zugekommen ist, ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Präsident, daß ich einen Teil der Anfrage streiche. Grundsätzlich bleibt aber der gleiche Inhalt der Anfrage. Es gab nämlich berechnete Gründe dafür, daß besagtes Inserat auf Kosten des Landes geschaltet wurde, da der Abdruck auf der Seite "Umwelt, Anzeigen" aufscheint. Es ist mir aber eine Auskunft des Landesrechnungshofes bekannt, die besagt, daß keine Landesmittel dafür verwendet wurden. Ich nehme daher diesen Passus gerne zurück.

Die Anfrage lautet daher: Sehr geehrte Frau Landesrätin, warum haben Sie ein Inserat in der "Kronenzeitung" vom 18. 2. 1998 geschaltet, in dem Sie das Stronach-Projekt als positiv für den Naturschutz bewerten, wo Sie doch in der Beantwortung meiner Anfrage am 26. 2. 1998 dem Landtag Auskunft gegeben haben, daß kein wie immer gearteter Antrag von seiten der Firma Magna vorliegt?

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Aussage stimmt nach wie vor. Es ist so, daß derzeit kein konkretes Projekt der Firma Magna vorliegt. Es ist auch die Formulierung nicht richtig, es sei ein Inserat eingeschalten worden, sondern es war, wie gesagt, im Rahmen dieser Umweltinformationsserie der Mediaprint das Angebot, daß ich kostenlos ein Interview machen könnte.

Der zweite Bericht betraf eben integrative Naturschutzprojekte. In diesem Zusammenhang habe ich diese Möglichkeit genutzt, um meine integrative Sicht des Naturschutzes darzulegen, die darin besteht, daß der Satz "Ökologie und Ökonomie müssen in Einklang gebracht

**Dr. Sickl**

werden!“, ganz richtig ist. Wir wissen, daß wir unsere hohen Natur- und Umweltschutzstandards nur finanzieren können, wenn wir eine schlagkräftige und starke Wirtschaft haben. Das heißt, wir müssen immer versuchen, Naturschutz und Umweltschutz mit Augenmaß zu betreiben! Wir müssen hier so kreativ und so phantasievoll sein, daß wir nicht von vornherein Projekte ablehnen! Wir müssen über unseren Tellerrand hinausblicken und das Gespräch suchen, um die beiden Bereiche in Einklang zu bringen! Ich glaube, diese Kreativität fordert der Bürger von uns, der heute nicht nur eine intakte Natur fordert, sondern auch Wohlstand und gesicherte Arbeitsplätze.

In diesem Sinne ist es unsere gemeinsame Aufgabe, uns zusammzusetzen und Projekte kreativ abzuwickeln, und zwar in dem Sinn, daß es keine Sieger und keine Verlierer gibt, sondern daß es eine gute gemeinsame Lösung gibt. Es gibt gute Beispiele dafür, daß das möglich ist. Ein Anlaß für eine solche Vorgangsweise ist sicher auch die Absichtserklärung der Firma Magna, in Kärnten ein Projekt umzusetzen. Wie gesagt, nach wie vor ist mein Informationsstand, daß es kein amtlich eingereichtes Projekt gibt.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! - Gibt es seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist auch nicht der Fall! - Seitens der ÖVP hat sich der Herr Abgeordnete Hinterleitner gemeldet. Bitte!

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Frau Landesrätin, eine Anfrage an Sie als Zusatzanfrage! Wenn ich Sie richtig verstehe, teilen Sie nicht die Auffassung Ihres Bundesparteiobmannes Haider, wonach ohne konkrete Prüfung dieses Stronach-Projekt abgelehnt werden soll. Dies, obwohl es im Kollegium der Kärntner Landeregierung bisher eine einstimmige Willensbildung gegeben hat, wonach in bezug auf Natur- und Umweltschutz wie auch auf die positiven Impulse für den

Wirtschaftsstandort Kärnten dieses Projekt geprüft werden soll. *(LH Dr. Zernatto: Wo es noch dazu jetzt in guten Händen ist!)*

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Ich darf eines dazu betonen: Meine Grundbedingung eines positiven Signals für ein solches noch einzubringendes Projekt war immer, daß der Naturschutz nicht zu kurz kommen darf, daß Stronach so ein Projekt einer Raumverträglichkeitsprüfung zu unterziehen hat und nur dann, wenn das Projekt diese Raumverträglichkeitsprüfung positiv passiert, über weitere Schritte nachgedacht werden kann. In einer solchen Raumverträglichkeitsprüfung, die freiwillig ist, der sich aber Stronach zu unterziehen bereit erklärt hat, spielt der Naturschutz eine ganz bedeutende Rolle. Die Auswirkung des Projektes auf den Naturschutz ist hier ganz genau zu prüfen.

Ich darf dazu sagen: Sollte der Antragsteller Stronach von seinem *(Abg. Dr. Großmann: Sie reden über Stronach - und neben Ihnen sitzt Stronach's Angestellter!)* ursprünglichen Absichtserklärungen abgehen und eine bedeutende Projekterweiterung planen - von der ich aber offiziell noch überhaupt keine Stellungnahme habe -, so wird unsere Sicht selbstverständlich zu überdenken sein. *(Abg. Dr. Großmann: Fragen Sie Ihren Nachbarn!)* Das heißt, ich gehe von der Absichtserklärung aus, die seinerzeit der Regierung vorlag. Sollte sich hier die Ausgangsbasis von seiten der Firma Magna verändern und das Projekt sich anders darstellen - wenn es eingereicht wird - als es uns seinerzeit in der Absichtserklärung vorlag, so wird es ganz sicher notwendig sein, daß auch ich hier als Naturschutzreferentin meine Ausgangsposition neu überdenken muß.

Das ist die derzeitige Sicht. Mehr kann ich dazu nicht sagen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens des Fragestellers noch den Wunsch auf eine Zusatzfrage? - Bittesehr!

Abgeordneter **Wedenig** (ohne Klubzugehörigkeit):

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Woher kommen die im besagten Interview erwähnten 50 Millionen Schilling, die der Naturschutz lukrieren soll, und warum wird das Land tätig, vermiest, macht einen Teilungsvorschlag, den ich hier vorliegen habe, und zwar "Amt der Kärntner Landesregierung, Abteilung 17 V, Vermessung, Teilungsvorschlag" wenn es noch kein Projekt nach Ihrer neuerlichen heutigen Aussage gibt? (*LH Dr. Zernatto: Wedenig ist immer super informiert!*)

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Es ist so: Es liegt amtlich der Behörde keinerlei Projekt vor. Ob Pläne unterwegs sind, kann ich nicht beurteilen? Die liegen nicht in meiner Kompetenz! (*Abg. Dr. Großmann: Der Karl-Heinz schon!*) Ich habe ausschließlich Naturschutzkompetenz. Ich darf dazu sagen, daß ich in der letzten Regierungssitzung vor Weihnachten (*Lärm im Hause. - Vorsitzender, auf das Pult pochend: Bitte!*) ein grundsätzlich positives Signal gegeben habe, weil es der Wunsch der Regierung war und weil sie nicht grundsätzlich abblocken wollte, wenn jemand einen Leitbetrieb in touristischem Sinne für Kärnten verwirklichen möchte. Ich habe aber in aller Deutlichkeit gesagt, daß ich meine Zustimmung zu einer teilweisen Aufhebung der Naturschutzverordnung nur dann geben kann, wenn positive Voraussetzungen für den Naturschutz vorliegen.

Die 50 Millionen sind als Ersatzzahlungen gedacht. Ich gehe davon aus, daß der Naturschutz gesamtheitlich in Kärnten durch ein solches Projekt nicht schlechter dastehen darf und daß wir mit entsprechenden Ankäufen die Gesamtbilanz des Naturschutzes positiv gestalten könnten. Die 50 Millionen kommen einerseits vom Land Kärnten, andererseits von der Stiftung. So war es ursprünglich vorgesehen. Das Ganze ist aber lediglich hypothetisch für den Fall, daß tatsächlich das Projekt auf der Basis der ursprünglichen Absichtserklärung des Herrn Stronach jemals verwirklicht wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 10. Anfrage:

### **10. Ldtgs.Zl. 554/M/27:**

#### **Anfrage des Abgeordneten Ing. Wissounig an Landesrat Lutschounig**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Ing. Wissounig** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor rund einem Jahr haben wir beschlossen, daß für Maßnahmen für die Erhaltung der Wasserqualität des Ossiacher Sees finanzielle Mittel als Bedeckung bereitgestellt werden. Es ist jetzt ungefähr ein Jahr her, wobei mit den Arbeiten bisher nicht begonnen wurde. Der Wasserspiegel des Ossiacher Sees ist in der letzten Zeit enorm gesunken. Gereinigte Abwässer werden in den Vorfluter Glan geleitet. Dies sind derzeit über 150 Sekundenliter. Nach Abschluß der Kanalisierungsarbeiten im Oberen Gurktal werden es noch enorm mehr werden. Es verliert der Ossiacher See somit sehr viel Wasser. Natürlich wird es auch bei der Qualität dadurch Schwierigkeiten geben.

Ich frage Sie: Wie schaut das jetzt aus? Es ist in der letzten Zeit eine Absaugung gemacht worden, wo die Frau Landesrätin Sickl auch initiativ war. Wann wird dieses Absetzbecken gebaut werden? Wann wird damit begonnen werden?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist natürlich ein Projekt, das sich nicht von heute auf morgen realisieren läßt, zumal es sich darum handelt, daß 60 Hektar dieses sogenannten Bleistätter Moors außer Nutzung gesetzt werden und es 29 verschiedene Grundbesitzer gibt.

Ich habe gestern die Gelegenheit gehabt, im Rahmen der Regierungssitzung dem Kollegium

**Lutschounig**

den derzeitigen Stand vorzustellen, nämlich die Machbarkeitsstudie, die vom Dipl.-Ing. Matanovich erstellt worden ist. Sie ist im übrigen zu 100 % von der EU gefördert worden, das heißt, dem Land Kärnten erwachsen daraus überhaupt keine Kosten. Auch das ist sehr positiv zu vermerken.

Jetzt sind wir bei den Grundablösen. Herr Dipl.-Ing. Kasperek, der dafür als Koordinator des Landes verantwortlich ist, ist mit 27 Grundeigentümern praktisch handelseinig geworden. Zwei Besitzer wollen eine Ersatzfläche haben. Da spießt es sich noch ein bisschen mit den Bundesforsten, weil diese Flächen zur Zeit noch nicht zur Verfügung stehen bzw. die Flächen mit einem Vorkaufsrecht behaftet sind. Hierbei ist noch eine juristische Abklärung notwendig. Wenn das erfolgt ist, dann wird selbstverständlich alles in die Wege geleitet werden.

Der nächste Punkt ist dann die Detailplanung, das heißt, es ist damit zu rechnen, daß in etwa im Sommer 1999 mit dem eigentlichen Bau begonnen werden kann. Das wird dann sicherlich dazu führen, daß die Wasserqualität eine absolut bessere sein wird, denn man kann davon ausgehen, daß etwa 150 bis 400 Kilogramm Phosphat weniger in den See hineinkommen und eine langsame Überflutung des Beckens dazu führt, daß es dort keine Abpumpung mehr geben wird. Das ist ja nicht aus dem landwirtschaftlichen Bereich (aus der Überdüngung) gekommen, sondern weil der Torf durch die Mineralisierung das Phosphat freigibt. Wir hoffen, daß wir im nächsten Jahr soweit sind, daß wir tatsächlich die Umsetzungsphase beginnen können.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! - Gibt es seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist auch nicht der Fall! Der Fragesteller hat die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Ing. Wissounig** (SPÖ):

Herr Landesrat, wie Sie jetzt selber gesagt haben, leidet der Ossiacher See natürlich darunter. Und je länger wir warten, desto schlimmer wird es sein! Soweit mir bekannt wurde, sind die Verhandlungen nicht sehr positiv gelaufen. Man müßte sich ein bisschen mehr dahinterklemmen!

Ich möchte dich jetzt wirklich ersuchen, daß im Sinne der Genossenschaft Bleistätter Moor dort Ordnung geschaffen wird und wir nicht den Grundbesitzern schaden! (*Vorsitzender: Frage!*) Warum hast du uns nicht informiert? Du hast gesagt, du hast gestern die Landesregierung informiert; die Regierungskollegen. Wir wollen natürlich auch im Landtag eine Information haben. Warum passiert da nichts?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, dazu muß ich folgendes sagen: Ich meine, das ist eine gewisse Holschuld als Abgeordneter, speziell des Bezirkes. Das ist natürlich auch damit verbunden, daß wir sehr wohl die Beteiligten informiert und laufend am Stand der Dinge gehalten haben, vor allem was die Agrargemeinschaft, die Genossenschaft dort betrifft. Auch die betroffenen Bürgermeister sind selbstverständlich informiert worden.

In der Landesregierung habe ich schon vorher, vor einem guten halben Jahr, die Regierungsmitglieder informiert. Wie gesagt, eine gewisse Holschuld eines Bezirksabgeordneten ist hier durchaus zu finden. Ich glaube, das sollten Sie auch machen! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die hat er sich jetzt holen wollen. Aber er kriegt wieder keine Antwort!*)

Ich habe die Information in diesem Zusammenhang jedenfalls sehr breit und sehr transparent gestaltet. Ich werde auch dahinter sein, daß das zügig vorangeht. Ich glaube, 29 Grundablösen so schnell und in so kurzer Zeit über die Bühne zu bringen, das ist keine Kleinigkeit! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 11. Anfrage:

**11. Ldtgs.Zl. 556/M/27:  
Anfrage des Abgeordneten Schiller an  
Landeshauptmann-Stellvertreter  
Mag. Grasser**

Die Anfrage wird vom Abgeordneten Schiller zurückgezogen. - Wir kommen zur Anfrage 12:

**12. Ldtgs.Zl. 557/M/27:  
Anfrage des Abg. Ing. Pfeifenberger  
an Landesrat Lutschounig**

Diese Anfrage wurde vom Abgeordneten Pfeifenberger zurückgezogen. - Wir kommen damit zur 13. Anfrage:

**13. Ldtgs.Zl. 558/M/27:  
Anfrage des Abgeordneten Sablatnig  
an Landeshauptmann-Stellvertreter  
Dr. Ausserwinkler**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Herr Landeshauptmann! geschätzte Damen und Herren! Die Kärntner Abgeordneten der Volkspartei haben im Landtag einen Antrag eingebracht, der sich mit der Thematik der verschuldensunabhängigen Ausgleichszahlung beschäftigt.

Im zuständigen Ausschuß haben wir einen entsprechenden gemeinsamen Beschluß gefaßt. Jetzt geht es darum, wie dieser Antrag umgesetzt wird.

Die Überlegung dieses Antrages war, daß wir den Bürgern zermürbende Prozesse vermeiden wollen und hier nicht haben wollen, daß die Patienten länger auf ihr Recht warten. Es gibt in Kärnten zwar die Situation, daß wir seit einigen Jahren eine ausgezeichnet funktionierende

Patientenanwaltschaft haben, bei welcher es 20.000 Vorsprachen gegeben hat. 3.500 Akte wurden erledigt. 780 Fragestellungen haben sich mit medizinischen Themen beschäftigt. 20 % dieser 780 Fälle haben sich als gerechtfertigt erwiesen.

Uns ist es darum gegangen, die verschuldensunabhängige Ausgleichszahlung in Kärnten einzuführen. Die Experten, die wir im Kärntner Landtagsausschuß zu Rate gezogen haben, haben uns diesen Weg empfohlen.

Nunmehr möchte ich von Ihnen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wissen, wie weit diese Unterlagen erledigt sind und wann mit der Vorlage eines Modells für die verschuldensunabhängige Schadensgutmachung für Patienten zu rechnen ist.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie richtig ausgeführt haben, gab es den Landtagsbeschluß vom 6.11.1997, in Richtung der Regierung hier ein Modell auszuarbeiten, das eine Einbindung einer Fondslösung und Versicherungslösung möglich macht. Ich habe dann im Dezember 1997 eine Expertenrunde eingeladen, Fachleute der Versicherungswirtschaft, der Ärzteschaft, der Ärztekammer und die Patientenanwältin sowie einen Richter auch mit dazugebeten. Auf der einen Seite haben wir uns die Erfahrungen der bisherigen Modelle uns angesehen. Es gibt die skandinavischen Versicherungsmodelle und auf der anderen Seite ein zu diesem Zeitpunkt mehrere Monate altes Wiener Modell. Wir sind dann zum Einklang gekommen, daß es eine Arbeitsgruppe geben muß, die sich erstens die Erfahrungen näher ansieht und zweitens hat auch die Versicherungswirtschaft erbeten, eine innere Willensbildung machen zu können. Inzwischen sind wir in den Arbeitsgruppen recht weit gekommen, nämlich daß jetzt klar ist, daß wir die Schlichtungsstelle, die beim Land Kärnten schon besteht, die bereits eingerichtet wurde, in Richtung einer Begutachter- und Gutachterposition ausweiten, das heißt, daß die zuständig sein werden, endgültig zu entscheiden,



**Dr. Ausserwinkler**

ob ein Geld fließen kann und soll oder nicht. Diese Schlichtungsstelle bekommt die Möglichkeit, zusätzlich externe Gutachter, wenn es notwendig ist, beizuziehen.

Nun geht es um die Dotierung und die entsprechenden Mittelausstattungen. Aus meiner Sicht ist es so, daß wir hier ganz stark die Versicherungswirtschaft mit einbinden sollten. Ich kann mir aber zusätzlich einen minimalen Spitalschilling vorstellen, der auch in so einen Fonds hineinfließt. Ich muß sagen, wir sind knapp davor, dieses Ergebnis, das jetzt auch von Rechtsexperten noch einmal angesehen wird, entsprechend zu präsentieren. Ich werde dem Landtag das dann vorlegen.

Ein bißchen Sorgen machen mir die Wiener Erfahrungen, die vor einigen Monaten einen Fonds eingerichtet haben, wo sich zeigt, daß die Zahl der Fälle enorm explodiert sind. Wir müssen damit rechnen, daß wir doch eine gewisse personelle Infrastruktur benötigen und die Entscheidung vom Landtag auch zu treffen sein wird, ob hier diese personelle Infrastruktur direkt bei dem Patientenanwalt oder Patientenanwältin angesiedelt wird oder wir das auf einer anderen Ebene machen. Aber die Art, wie es abgewickelt werden soll, ist im wesentlichen klar. Ich rechne damit, daß wir uns im September im Kreise des Landtages mit dem Thema auseinandersetzen und dann auch eine Entscheidung treffen können, in welche Richtung es endgültig geht.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Nein, das ist nicht der Fall. Seitens der FPÖ? Das ist auch nicht der Fall. Bitte Herr Abgeordneter, Sie haben die Möglichkeit eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie groß ist die Bereitschaft der Versicherungen, in diesen Fonds Einzahlungen zu tätigen. Ich meine, daß es auch wichtig ist, daß die Patienten stärker von ihrem Recht Gebrauch machen

könnten. Wenn es im September zu einem abschließenden Termin kommt, könnte das heißen, daß wir ab Beginn 1999 eine Lösung für die Kärntner Patienten gefunden haben werden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Sie haben richtig darauf hingewiesen, daß wir Partner brauchen, die mit ins Boot kommen. Ich hoffe, daß die Versicherungswirtschaft sich hier in diese Richtung bewegt, mit ein starker Partner zu sein. Denn es geht mir darum, daß wir ein steuerschonendes Modell haben. Es geht mir darum, bei den Kriterien, die die Budgetrichtlinien auch vorgeben, ein Modell zu finden, daß nicht wie in Wien zu einer Kostenexplosion auf diesem Gebiet führt. Das Miteinbinden der Versicherungswirtschaft ist auch aus diesem Grunde notwendig, weil dort auch ein klares Beurteilen der Fälle möglich ist. Ich sage alles, was dazu führt, daß jeder Fall, der quasi auf die politische Ebene oder auf die Regierungsebene gebracht wird, eine ruhige Beurteilung nicht mehr möglich macht. Deshalb ist für mich eine sehr große Grundbedingung, daß die Versicherungswirtschaft hier kompetenzmäßig und finanziell stark eingebunden ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Nachdem wir am Ende der Fragestunde sind, darf ich jetzt die restlichen Anfragen aufrufen,

**14. Ldtgs.Zl. 559/M/27:**

**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Dr. Haller**

Mündlich, in der nächsten Sitzung.

**15. Ldtgs.Zl. 560/M/27:**

**Anfrage des Abgeordneten Stangl an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Schriftlich, bitte.

**Unterrieder****16. Ldtgs.Zl. 562/M/27:****Anfrage des Abgeordneten Ramsbacher an Frau Landesrätin Dr. Sickl**

Schriftlich, bitte.

**17. Ldtgs.Zl. 563/M/27:****Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Frau Landesrätin Achatz**

Mündlich, in der nächsten Sitzung.

**18. Ldtgs.Zl. 564/M/27:****Anfrage des Abgeordneten Ing. Wisonig an Frau Landesrätin Dr. Sickl**

Mündlich, in der nächsten Sitzung.

**19. Ldtgs.Zl. 565/M/27:****Anfrage des Abgeordneten Wedenig an Frau Landesrätin Dr. Sickl**

Mündlich, bitte.

**20. Ldtgs.Zl. 566/M/27****Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Dr. Haller**

Mündlich, bitte.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor wir in die Tagesordnung eingehen und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser dann das Haus verlassen wird, möchte ich ein paar Worte sprechen. Im Anschluß, in der Tagesordnung, ist es nicht mehr möglich.

Ich darf zunächst feststellen, namens des Hohen Hauses und persönlich, daß Sie, Herr Mag. Karl-Heinz Grasser, der Sie am 2.1.1969 im Sternzeichen des Steinbocks geboren sind, seit 10. November 1994 in der Kärntner Landesregierung Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter sind und mit heutigem Datum, durch Ihren vorzeitigen Austritt, wieder aus dieser politischen Funktion ausscheiden.

Ich darf Ihnen persönlich und namens der Mitglieder des Landtages herzlich danken für Ihre

objektive Arbeit, die Sie in diesem Lande geleistet haben. Sie haben ja etliche Referatsbereiche gehabt, die nicht so unproblematisch sind, ob das der Touristikbereich ist, ob das der Straßenbau-bereich ist, wo man sehr viel mit den Menschen zu tun hat, nachdem ja auch die Fragen der Umwelt, die Fragen der Lärmbelästigung eine sehr große Rolle spielen. Ich darf Ihnen dafür wirklich sehr herzlich danken. Sie haben eine gute Rolle gespielt in der Kärntner Landesregierung und auch in diesem Hohen Haus. Durch Ihre Sachkompetenz und durch Ihre klaren Antworten haben Sie immer wieder aufgezeigt, daß Sie eigentlich ein politisches Talent sind.

Ich darf mich noch einmal recht herzlich im Namen aller bei Ihnen bedanken. Ich darf Ihnen für Ihre neue Funktion viel Erfolg wünschen und viel Gesundheit für die Zukunft. In diesem Sinne noch einmal ein herzliches Danke und viel Erfolg. *(Beifall im Hause - LH-Stv. Mag. Grasser verabschiedet sich und bedankt sich beim Präsidenten.)*

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf feststellen, daß sich für die heutige Sitzung die Abgeordneten Koncilia, Kollmann, Markut und Kreutzer entschuldigt haben. Der Landtag ist beschlußfähig.

Ich darf, bevor wir zur Erweiterung der Tagesordnung - wie in der Obmännerkonferenz besprochen - kommen, den Herrn Landeshauptmann, der morgen, am 11.6. seinen Geburtstag feiert, alles Gute, persönlich und im Namen des Hauses und der Regierung, wünschen. *(Beifall im Hause.)* Mein Beitrag und mein Geburtstagsgeschenk ist, daß ich für ihn morgen, am Feiertag, die Fachkommission 2 in Brüssel mitmache. Ist auch etwas, Herr Landeshauptmann. Ich wünsche Dir dafür einen schönen Feiertag. Ich muß aber feststellen, daß ich das sehr gerne mache.

Hohes Haus! Nachdem Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser per Fax mitgeteilt hat, daß er gem. Artikel 52 Abs. 3 der Kärntner Landesverfassung mit Wirksamkeit des heutigen Tages auf sein Mandat als Mitglied der Kärntner Landesregierung verzichtet, hat gem. Artikel 52 Abs.4 der Kärntner Landesverfassung der Land-

## Unterrieder

tag innerhalb von drei Wochen Nachwahlen vorzunehmen. Der Klub der Freiheitlichen Landtagsabgeordneten, dem nach dem Verhältniswahlrecht das Vorschlagsrecht zukommt, hat eine diesbezügliche Erweiterung der Tagesordnung beantragt. Über Empfehlung der Obmännerkonferenz lasse ich über diesen Erweiterungsvorschlag abstimmen. Es ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Es geht um die Tagesordnungspunkte:

1. Ldtgs.Zl. 8-3/27: Wahl des 2. Landeshauptmannstellvertreters gem. Artikel 49 Abs. 2 der Kärntner Landesverfassung .
2. Ldtgs.Zl. 9-4/27: Wahl des Ersatzmitgliedes des 2. Landeshauptmannstellvertreters gem. Artikel 49 Abs. 5 der Kärntner Landesverfassung.
3. Ldtgs.Zl. 10-2/27: Angelobung eines Mitgliedes der Landesregierung und seines Ersatzmitgliedes gem. Artikel 50 Abs. 1 der Kärntner Landesverfassung.

Hier liegt der Verzicht des Herrn Nationalratsabgeordneten Ing. Mathias Reichhold vor. Ich habe dieses Schreiben um 9.30 Uhr bekommen. Infolgedessen ist auch die Wahl möglich.

Der Wahlvorschlag liegt vor. Es ist Ing. Mathias Reichhold als Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter vorgesehen. Als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Franz Schwager.

Jetzt darf ich um die Abstimmung betreffend der Erweiterung der Tagesordnung - es ist Zweidrittelmehrheit erforderlich - bitten. Wer dem zustimmt, den bitte um ein Handzeichen. Danke, das ist einstimmig so beschlossen. Es wird so vorgegangen.

Ich würde auch vorschlagen, daß wir das in einem Wahlgang, mit zwei Stimmzetteln abwickeln, dann ersparen wir uns etwas an Prozedere. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Danke es wird so vorgegangen.

## Tagesordnung

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

- 1. Ldtgs.Zl. 8-3/27:  
Wahl des Zweiten  
Landeshauptmann-Stellvertreters  
gem. Art. 49 Abs. 2 der Kärntner  
Landesverfassung**
- 2. Ldtgs.Zl. 9-4/27:  
Wahl des Ersatzmitgliedes des Zwei-  
ten Landeshauptmann-Stellvertreters  
gem. Art. 49 Abs. 5 der Kärntner  
Landesverfassung**

Ich darf die Wahlhelfer bitten, das sind die Abgeordneten Reinhard Rohr, Dr. Martin Strutz und Dritter Präsident Dr. Wutte, Ihres Amtes zu walten und ich darf den Herrn Landtagsamtsdirektor bitten, daß wir den Wahlakt durchführen.

Landtagsdirektor **Dr. Putz:**

Herr Abgeordneter Dr. Ambrozy, Herr Abgeordneter Ferlitsch, Herr Abgeordneter Dr. Großmann, Herr Abgeordneter Ing. Rohr, Herr Abgeordneter Schiller, Herr Abgeordneter Schlagholz

Frau Abgeordnete Mag. Trunk, Herr Erster Präsident Unterrieder, (1. Präs. Unterrieder: Herr Kollege Freunschlag, bitte. - Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.) Herr Abgeordneter Ing. Wissounig; Herr Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag, (Den Vorsitz übernimmt wieder 1. Präs. Unterrieder.) Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, Herr Abgeordneter Mitterer, (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag übernimmt wieder den Vorsitz.) Herr Abgeordneter Ing. Pfeifenberger, Herr Abgeordneter Pistotnig, Herr Abgeordneter Schretter, Herr Abgeordneter Schwager, Herr Abgeordneter Stangl, Frau Abgeordnete Steinkellner, Herr Abgeordneter Dr. Strutz, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traußnig, Frau Abgeordnete Warmuth; Herr Abgeordneter Bergmann, Herr Abgeordneter Ing. Eberhard,

**Dr. Putz**

Herr Abgeordneter Mag. Grilc, Frau Abgeordnete Mag. Herbrich, Herr Abgeordneter Hinterleitner, Frau Abgeordnete Ott, Herr Abgeordneter Ramsbacher, *(Den Vorsitz übernimmt wieder 1. Präs. Unterrieder.)* Herr Abgeordneter Sablatnig, Herr Dritter Präsident Dr. Wutte, Herr Abgeordneter Wedenig.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Während die Stimmen ausgezählt werden, darf ich eine Begrüßung vornehmen: Es ist auf der Zusehertribüne die Frau Vizepräsidentin des Bayrischen Landtages Frau Anneliese Fischer. Sie ist jahrzehntelanger treuer und in Freundschaft verbundener Gast in unserem Heimatland Kärnten. Sie ist im Bleiberger Hof auf Urlaub. Ich darf ihr einen schönen Urlaub wünschen. Wenn Sie aufstehen, dann wissen wir, von wem wir reden. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hause.)*

*(Die Stimmzähler zählen die von den aufgerufenen Abgeordneten in die Wahlurne gegebenen Stimmzettel. - Der Vorsitzende verkündet sodann folgendes Wahlergebnis:)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf das Wahlergebnis bekanntgeben: Für Herrn Ing. Reichhold wurden bei der Wahl zum Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter 30 Stimmen abgegeben, davon 16 ungültige Stimmen und 14 gültige Stimmen. Die Wahlzahl ist 7. Damit ist Herr Ing. Matthias Reichhold zum Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt. Ich darf ihm recht herzlich gratulieren und ihn bitten, seinen ihm schon vertrauten Platz im Hause hier einzunehmen und im Sinne der Kärntner Bevölkerung eine konstruktive Arbeit für die Menschen aufzunehmen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.. - LHStv. Ing. Reichhold betritt den Sitzungssaal, nimmt Gratulationen entgegen und begibt sich in die Regierungsbank.)*

Für Abgeordneten Schwager als stellvertretendes Mitglied wurden 30 Stimmen

abgegeben, davon ungültige Stimmen 12 und gültige Stimmen 18. Die Wahlzahl ist 7. Damit ist Abgeordneter Schwager zum stellvertretenden Regierungsmitglied für Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold gewählt. Herzliche Gratulation! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Ich bitte die Damen und Herren, die Plätze einzunehmen! Wir kommen zur Angelobung:

**3. Ldtgs.Zl. 10-2/27:****Angelobung eines Mitgliedes der Landesregierung und seines Ersatzmitgliedes gemäß Art. 50 Abs. 1 Kärntner Landesverfassung**

Hohes Haus! Die Mitglieder der Landesregierung haben vor dem Landtag das Gelöbnis zu leisten. Auf die Bundesverfassung werden sie vor Antritt ihres Amtes vom Herrn Landeshauptmann angelobt.

Ich ersuche Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und bitte den Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen! *(Die Anwesenden erheben sich.)*

Schriftführer **Dr. Putz:**

Die Gelöbnisformel lautet:

Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold! *(2. LHStv. Ing. Reichhold: Ich gelobe!)*

Herr Abgeordneter Schwager! *(Abg. Schwager: Ich gelobe! - Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)*

Hohes Haus! Das Kollegium der Landesregierung ist hiermit wieder vollständig konstituiert. Ich darf Sie bitten, im demokratischen Geiste Ihre Arbeit konstruktiv fortzusetzen!

**Unterrieder**

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

**4. Ldtgs.Zl. 177-93/27:**

**Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten für das Jahr 1999 mit einem Budgetbericht einschließlich Änderungen und Ergänzungen zum Budgetprogramm im Sinne des Art. 61 Abs. 2, 3 und 4 der K-LVG und einer mittelfristigen Vorschau über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung für die Jahre 2000 bis 2002 sowie zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum Landesvoranschlag 1999 erteilt werden**

Hohe Haus! Der Tradition entsprechend ist die Budgeteinbegleitung eine eigene Landtagssitzung. Andere Tagesordnungspunkte - mit Ausnahme der heutigen Wahl in die Landesregierung - werden bei so einer Sitzung normal nicht auf die Tagesordnung genommen.

Ich darf den Herrn Landeshauptmann bitten, traditionsgemäß vom Rednerpult aus seine Budgeteinbegleitungsrede zu halten! Bitte, Herr Landeshauptmann Dr. Zernatto! (*LH Dr. Zernatto: Dankesehr!*)

Landesfinanzreferent Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! (*zur Zuhörergalerie gewandt:*) Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordneten! Ich bedanke mich für die Möglichkeit, die Sie mir heute geben, in einer - und dafür entschuldige ich mich vorab - sehr ausführlichen Form auf das Budget 1999 einzugehen! Die Ausführlichkeit ist natürlich davon geprägt, daß es sich nicht um irgendein Budget handelt, sondern um das letzte Budget, das in dieser Legislaturperiode zu verabschieden sein wird,

und damit auch um das erste Budget, das in die nächste Legislaturperiode hineinreichen wird.

Bevor ich beginne, möchte ich mich aus gegebenem Anlaß auch sehr herzlich bedanken: nicht nur bei den Mitarbeitern der Abteilung 4, die hier hervorragende Arbeit geleistet haben, sondern auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Kärntner Landesregierung! Wie Sie sich vorstellen können, ist es gerade im Rahmen einer Konsolidierungspolitik nicht immer einfach, die durchaus subjektiv definierten Notwendigkeiten in Einklang mit den zur Verfügung stehenden Spielräumen zu bringen. Daß es in den letzten vier Jahren immer möglich war, mit den Damen und Herren des Kollegiums der Kärntner Landesregierung - zumindestens was ihre Fachbudgets anlangt - Einstimmigkeit und Einhelligkeit zu finden, ist, wie gesagt, eine Außergewöhnlichkeit, für die ich mich herzlich bedanken möchte! Ich sage das vor allem auch im Hinblick auf das Ausscheiden unseres Kollegen Karl-Heinz Grasser, der heute hier schon öffentlich vom Herrn Präsidenten gewürdigt wurde. Er war auch einer jener, der über diese Zeit durch Fachkompetenz und teilweise auch sehr kritische Positionen nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, daß diese Konsolidierungspolitik, die wir in diesen Jahren durchaus erfolgreich absolvieren konnten, letztlich Erfolg gezeitigt hat.

Ich möchte aber die Gelegenheit auch nutzen, nachdem diese heutige Sitzung dadurch eine gewisse Außergewöhnlichkeit hat, daß es eben nicht nur diesen einen Tagesordnungspunkt gibt, und dem Kollegen Reichhold, den ich seit Jahren kenne und auch als Regierungskollegen bereites kennengelernt habe, im Kollegium der Kärntner Landesregierung willkommen heißen! Ich möchte einmal mehr das tun, was ich zu solchen Anlässen immer sage: Ich bin selbstverständlich nicht nur gerne bereit, eine Zusammenarbeit auf der Basis des Konsensgeistes, auf der Basis der Kooperationsbereitschaft zu führen, sondern ich reiche auch jedem neuen Mitglied dieser Landesregierung meine Hand zu einer Zusammenarbeit, die wir letztlich nicht im Sinne der politischen Gruppierungen, die hier herinnen vertreten sind, zu leisten haben, sondern die wir im Sinne des Landes und seiner Bürger zu

**Dr. Zernatto**

leisten haben. Ein herzliches Willkommen!  
(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahr 1994 habe ich das Finanzreferat übernommen, und wir standen damals vor der großen Herausforderung eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Union. Seit damals unterliegen wir den Regeln und Gesetzen des europäischen Marktes. Es bieten sich damit aber jetzt auch die Chancen eines großen Europas ohne Grenzen.

Mit 1.1.1999 stehen wir vor einem weiteren Schritt der Entwicklung Europas, der dritten Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, mit der einheitlichen europäischen Währung, dem Euro. In diesem Vorfeld hatten wir uns im Bereich der Budgetpolitik an den Kriterien von Maastricht zu orientieren, damit Österreich bei dieser Jahrhundertchance bereits in der ersten Phase teilnehmen kann. Österreich hat diese Chance wahrgenommen. Wir sind in der ersten Gruppe der Teilnehmer dabei. Die Budgets der Gebietskörperschaften unserer Republik mußten zum Teil konsolidiert werden und präsentieren sich heute tatsächlich europafit.

Allen Unkenrufen zum Trotz weist Kärnten einen konsolidierten Landeshaushalt auf, der sich im Vergleich mit den anderen österreichischen Bundesländern durchaus sehen lassen kann. Kärnten weist auch einen "Maastricht-Überschuß" auf. Dies ist der Beweis erfolgreicher und effizienter Budgetpolitik der letzten Jahre.

Geschätzte Abgeordnete! Das Budget und die Wirtschaftsentwicklung eines Landes sind sehr eng miteinander verknüpft. Daher sind einige Bemerkungen zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen dieser Voranschlag 1999 erstellt wurde, notwendig. Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich ist gegenwärtig günstig. Die österreichische Wirtschaft befindet sich in einem deutlichen Konjunkturaufschwung. Sie wird nach den Prognosen der Wirtschaftsforscher heuer mit etwa 2,7 % real stärker wachsen, als noch vor wenigen Monaten angenommen wurde. Für das kommende Jahr ist eine Wachstumsrate von 3 % vorausgesagt. Damit kann Österreich wieder mit dem Durchschnitt der EU-Staaten schritthalten.

Der Aufschwung wird vor allem von den Exporten und Investitionen getragen. Das zeigt, daß die österreichischen Unternehmen positiv in die Zukunft blicken, dem stärkeren Wettbewerb gewachsen sind und die Herausforderungen anzunehmen bereit waren. Diese Tendenzen der österreichischen Wirtschaft zeigen aber auch, daß der Beitritt zur Europäischen Union zunehmend positive Früchte trägt. Die Preisentwicklung bleibt gedämpft. Die Verbraucherpreise werden nach den vorliegenden Prognosen im nächsten Jahr nur um etwa 1,5 % steigen. Damit gehört Österreich zu den preisstabilsten Ländern der Europäischen Union.

Die Situation am Arbeitsmarkt - eine der sicherlich größten Herausforderungen und Problemstellungen, der wir uns zur Zeit gegenüber sehen! - bessert sich nur langsam. Die Beschäftigung wird zwar im nächsten Jahr um 1 % zunehmen, die Arbeitslosigkeit verringert sich jedoch nur geringfügig. Die Arbeitslosenrate sinkt von 7,3 % im Jahr 1998 auf prognostizierte 7,1 % im Jahr 1999.

Die Kärntner Wirtschaft fügt sich positiv in dieses Bild. Im Vorjahr ist die Sachgüterproduktion der Kärntner Unternehmen mit 6,6 % überdurchschnittlich stark gestiegen, vor allem die Produktion von Investitionsgütern erhöhte sich in Kärnten mit 16,1 % mehr als doppelt so rasch wie im österreichischen Durchschnitt von 5,5 %. Dies zeigt, daß die Kärntner Unternehmen durchaus in der Lage sind, im harten internationalen Wettbewerb auch bei hochwertigen Gütern zu bestehen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut stellt zudem fest, daß die auf den EU-Märkten stark vertretene Zulieferindustrie, die in Kärnten ja besonders stark ist, eine hohe Dynamik aufweist. Dies zeigt, daß die Kärntner Industrie den Beitritt zur EU gut genutzt hat.

Gedämpft, meine Damen und Herren, wird dieses positive Bild allerdings durch die Entwicklung im Tourismus. Hier ist nur eine sehr langsame Erholung in Sicht.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich in Kärnten durchaus günstig. Im Vorjahr stieg die Beschäftigung um 0,6 %; dies ist deutlich mehr als der österreichische Durchschnitt von 0,3 %.

**Dr. Zernatto**

Kärnten war zudem das einzige Bundesland - neben Oberösterreich - in dem die Arbeitslosigkeit im Vorjahr rückläufig war. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres setzte sich diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt in Kärnten fort.

Die Ausgangsposition Kärntens in diesem Aufschwung ist gut, zumal das Wirtschaftsforschungsinstitut auch für den Tourismus im nächsten Jahr wieder eine gewisse Aufwärtsbewegung voraussagt. Es rechnet für 1999 mit einem realen Zuwachs der Einnahmen vor allem aus dem Reiseverkehr um etwa 2,5 %. Dies wäre die erste Zuwachsrate seit mehreren Jahren.

Die Möglichkeiten des Landes, die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen, sind aber naturgemäß begrenzt. Das Land kann aber die Rahmenbedingungen verbessern und Impulse setzen. Wir werden diese Möglichkeiten auch nutzen, um die positive Entwicklung zu unterstützen. Wir werden trotzdem unsere Hände nicht in den Schoß legen können sondern müssen aktiv die positiven Rahmenbedingungen nutzen, um künftig vor allem den Budgetspielraum wieder zu erweitern.

Die budgetären Rahmenbedingungen sind durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der im Juni 1997 in Amsterdam beschlossen und auch von Österreich unterzeichnet wurde sowie durch die Einführung des Euro geprägt. Außerdem wird auch der bereits beschlossene Konsultationsmechanismus und vor allem der innerösterreichische Stabilitätspakt, der bis Jahresende abgeschlossen sein soll, die Budgetpolitik des Landes maßgeblich bestimmen.

Diese Rahmenbedingungen erfordern in Österreich vor allem eine stärkere Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften. Das gilt insbesondere für den innerösterreichischen Stabilitätspakt.

Es geht im innerösterreichischen Stabilitätspakt vor allem darum, die im europäischen Stabilitätspakt als Obergrenze festgelegte Netto-Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte von 3 % des Brutto-Inlandsproduktes auf die einzelnen Gebietskörperschaften aufzuteilen. Es gilt vor allem dies für die von den Ländern und Gemeinden akzeptierte gemeinsame Ver-

schuldungsgrenze von 0,3 % des Brutto-Inlandsproduktes. Das erfordert jedenfalls, und das sage ich ganz deutlich, künftig eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ländern und seinen Gemeinden.

Das Land Kärnten hat im Vorjahr einen "Maastricht-Überschuß" von S 1,188,000.000,- erzielt, das sind pro Einwohner S 2.168,-. Damit liegt Kärnten im Mittelfeld der österreichischen Bundesländer. Von einem der wirtschaftlich schwächeren Bundesländer kann wirklich nicht mehr verlangt werden.

Damit hat das Land Kärnten nicht nur einen Beitrag dafür geleistet, daß Österreich dieses "Maastricht-Kriterium" erreicht und an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen kann, wie der Europäische Rat dies Anfang Mai auch offiziell festgestellt hat. Das Land Kärnten wird darüber hinaus durch den "Maastricht-Überschuß" im Landeshaushalt den Finanzierungsspielraum seiner Gemeinden nicht beschneiden, sondern vielmehr sogar erweitern. Auch im nächsten Jahr wird der Landesvoranschlag in Kärnten wieder einen Überschuß in der Höhe von rund S 450 Millionen Schilling gemäß den "Maastricht-Kriterien" aufweisen. Damit werden wiederum die finanziellen Spielräume der Gemeinden erweitert. Dies ist wichtig, weil die Gemeinden wichtige Aufgaben in Zukunft erfüllen müssen, die für den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität der Kärntner Bevölkerung große Bedeutung haben. Der Voranschlag 1999 bringt damit eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich das Verhältnis zwischen dem Land und seinen Gemeinden konfliktfrei gestalten kann und nicht durch diese Aufteilungsprobleme der Netto-Neuverschuldungsquote belastet wird.

Die Beziehungen zwischen dem Land und seinen Gemeinden sind jedoch nicht nur durch den innerösterreichischen Stabilitätspakt, sondern auch durch den schon unterzeichneten Konsultationsmechanismus geprägt. Es ist zu hoffen, daß diese Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis durch das Offenlegen der Kosten von Gesetzen und Verordnungen, die das Land zu beschließen beabsichtigt, das Vertrauen zwischen Land und Gemeinden stärkt. Das Land wird die notwendigen Kalkulationen und Folgekostenschätzungen von Landesge-

**Dr. Zernatto**

setzen und Verordnungen mit den Gemeinden in bester partnerschaftlicher Zusammenarbeit festlegen und diskutieren müssen.

Meine sehr geschätzten Abgeordneten! Ich gehe davon aus, daß gerade dem Kärntner Landtag und seinen Abgeordneten hier eine sehr hohe Verantwortung in diesem Zusammenhang zugeordnet ist. Gott sei Dank, ich sage es bewußt, sitzen auch Vertreter der Kärntner Gemeinden, Bürgermeister von Kärntner Gemeinden, Vizebürgermeister und Gemeindefraktanten hier im Hohen Landtag. Sie tragen besondere Verantwortung für dieses partnerschaftliche Verhältnis. Und ich meine, daß wir uns hier auch durchaus über eine Institutionalisierung, die über die heutigen Überlegungen und Möglichkeiten hinausgeht, für eine feste und stabile Gesprächsebene in diesem Zusammenhang unterhalten müssen.

Meine Damen und Herren! Wenn man einen Rückblick und einen Ausblick im Rahmen einer Budgetrede hier bringt, ist das vor allem, wenn es sich um eine gesamte Legislaturperiode handelt, auch immer eine Möglichkeit, sozusagen jene Transparenz, von der man immer gesprochen und die ich immer gelebt habe, auch in Fakten darzustellen.

Dieser Landesvoranschlag 1999 gibt Gelegenheit zu einer Bilanz der Budgetpolitik des Landes in den letzten Jahren, gleichzeitig aber ermöglicht er einen Ausblick für die nächsten Jahre, weil er der erste der nächsten Legislaturperiode sein wird.

Und meine Damen und Herren, ich möchte hier auch noch einen Einschub machen, der mir wichtig scheint. Budgetpolitik kann sich nicht an Legislaturperioden orientieren, sondern Budgetpolitik muß einen längerfristigen Ansatz finden. Budgetpolitik hat sich ausschließlich zu orientieren an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und an der Entwicklung und notwendigen Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes. Hier können wahltaktische Überlegungen, wie sie vor allem am Ende einer Legislaturperiode für gewöhnlich nicht auszuschließen sind, keine Rolle spielen. Deshalb freut es mich, daß es uns gelungen ist, in gemeinsamer Überzeugung, uns auch dafür stark zu machen, daß die Budgetperiode um ein halbes Jahr vorgezogen wurde, sodaß wir

unbelastet von Neuwahlüberlegungen diesen Budgetentwurf erstellen konnten. Und daher ist es auch gelungen, dieses Budget 1999 so zu erstellen, daß man diesem Anspruch gerecht werden kann, eben hier auch den längerfristigen Kontext zu sehen.

Wenn Sie sich erinnern, im Jahre 1995 haben wir uns das Ziel gesetzt, die Netto-Neuverschuldung des Landes Kärnten bis 1999 zu halbieren und unter S 1 Mrd. zu senken. Auch damals, das möchte ich betonen, auch damals haben wir uns an eine langfristige Überlegung gehalten - er sitzt ja heute auch noch hier im Landtag unter uns, Peter Ambrozy, als Finanzreferent der letzten Legislaturperiode - das bereits erkannt und die Weichen gestellt. Das war notwendig, um die wachsende Verschuldung in den Griff zu bekommen, aber auch, um Kärnten wieder mehr Spielraum im Budget für verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen zu verschaffen und um den wachsenden Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Und ich kann heute sagen, im Jahre 1998, wir haben dieses Ziel erreicht.

Schon 1997 war die Netto-Neuverschuldung des Landes mit S 663 Mio. deutlich niedriger als ursprünglich vorgesehen. Damit ist auch der selbstgesteckte Zeitrahmen deutlich unterboten worden. 1996 konnten bereits 500 Millionen einer allgemeinen Rücklage zugeführt werden, weil zusätzliche Einnahmen nicht sofort ausgegeben wurden, sondern für bestimmte Aufgaben für die Zukunft Vorsorge getroffen wurde.

Mir hat damals jemand gesagt, bevor ein Finanzreferent, bevor eine Regierung sozusagen eine Rücklage im budgetären Bereich bildet, wird eher ein Hund sich einen Knochenvorrat anlegen.

Meine Damen und Herren, wir haben bewiesen, daß wir im gemeinsamen Zusammenwirken, und das ist eine Maßnahme, die nur aus dieser Gemeinsamkeit heraus möglich wird, hier die Überzeugung zu haben, daß wir Spielräume brauchen und daß es aber notwendig ist, sich über diese Spielräume auch politisch sehr genau ins Klare zu kommen. Daß es notwendig ist, Schwerpunkte im Land zu setzen und daß diese



**Dr. Zernatto**

Schwerpunkte letztlich, weil es sich sehr häufig auch um Themen handelt, für die es nicht ganz einfach ist, auch öffentlich spontan Zustimmung zu erhalten, für solche Themen unabdingbar notwendig ist, daß es über den täglichen Parteienstreit hinaus, gemeinsame Positionen, gemeinsame Zielsetzungen gibt, denen sich dieser Landtag, denen sich diese Landesregierung kollektiv verantwortlich fühlt. *(Beifall der ÖVP-Fraktion.)* Und das ist gelungen, meine Damen und Herren, und darauf darf nicht nur ich, sondern wir alle gemeinsam stolz sein.

Durch den "Maastricht-Überschuß" von S 1,188.000.000,- hat das Land Kärnten damit auch seinen Beitrag geleistet, daß Österreich im Vorjahr die gesamte Netto-Neuerschuldung des öffentlichen Sektors auf 2,5 % reduzieren konnte. Österreich ist damit seit Anfang Mai eines von elf Teilnehmern an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion. Österreich hat bereits jetzt im Juni erstmals auch den Vorsitz im Rat der elf Finanzminister inne.

Es waren nicht nur die zusätzlichen Einnahmen aus dem Sparpaket, wie vielfach behauptet wurde, die es dem Land ermöglichten, die budgetpolitischen Ziele zu erreichen. Wir haben auch eine straffe Ausgabenpolitik betrieben. Im Jahr 1997 stieg der Personalaufwand im Kärntner Landeshaushalt nur um 0,5 %, das ist ein ganz wichtiger Indikator für unsere Sparpolitik. Die Zahl der Landesbediensteten liegt nunmehr ziemlich genau im österreichischen Durchschnitt. Die Ermessensausgaben erhöhten sich 1997 ebenfalls nur um 1,5 %, das ist deutlich weniger als die Wachstumsrate des nominellen Brutto-Inlandsproduktes.

Der Landesvoranschlag 1999 ist, wie alle Budgets dieser Legislaturperiode, realistisch erstellt. Es ist damit zu rechnen, daß auch er im Vollzug eingehalten wird und damit eine wichtige Ausgangsbasis für die kommenden Jahre gelegt ist.

Ich sage auch das ganz klar, meine Damen und Herren. Ein nicht unwesentlicher Erfolgsfaktor für die Budgetpolitik der letzten Jahre war die Offenheit des Umgangs miteinander, war die Ehrlichkeit, mit der Budgets erstellt worden sind. Nicht übertrieben euphorisch und

optimistisch, aber auch nicht so pessimistisch, um sich Körbergeld quasi zu schaffen. Wir haben sehr real geplant. Und Sie konnten das in den letzten Jahren immer wieder feststellen, sowohl die Nachtragsvoranschläge, die in keinem dieser Jahre zu einer Ausweitung der Nettoneuerschuldung geführt haben, vor allem aber die Rechnungsabschlüsse im darauffolgenden Jahr haben bewiesen, daß mein Grundsatz, Transparenz, Offenheit und Ehrlichkeit in der Budgetgestaltung für die gesamte Periode durchgehalten wurden.

Meine Damen und Herren! Ich habe vorher aber bereits darauf hingewiesen, daß wir uns hier in einem dynamischen Prozeß befinden. Daß mit dem Ende dieser Legislaturperiode nicht das Ende der Konsolidierungspolitik gekommen ist, sondern daß wir selbstverständlich weiter an diesem Ziel festhalten müssen. Ich werde Ihnen auch sagen, warum. In den nächsten Jahren kommen große Herausforderungen auf den Landeshaushalt zu, sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben. Schon im nächsten Jahr wird die Neuregelung in der Familienbesteuerung unsere Ertragsanteile nachhaltig schmälern, aber auch im Rahmen der Selbstträgerschaft zusätzliche Ausgaben erfordern. Die zweite Etappe der Familienbesteuerung im Jahr 2000 wird dann noch einmal die Einnahmen dämpfen. Insgesamt leistet das Land Kärnten im Rahmen dieser Neuregelung für die Familien einen Beitrag von etwa S 144 Mio. im Jahre 2000. Das ist gut und das ist richtig für die Familien in unserem Land. Aber es definiert auch ganz klar Handlungsbedarf.

Die Steuerreform 2000 ist zwar in ihren Details noch nicht bekannt - die Steuerreformkommission hat ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen - dennoch ist zu hoffen, daß es zu einer Entlastung der Steuerzahler kommt, die aber andererseits auch Einnahmehausfälle für das Land bedeuten. Schließlich wird die Volkszählung im Jahr 2001 für die Ertragsanteile Kärntens in den folgenden Jahren dämpfende Effekte bewirken.

Außerdem werden neue Herausforderungen bei den Ausgaben auf das Land zukommen, wir müssen die Rahmenbedingungen für den immer stärker werdenden Standortwettbewerb verbes-

**Dr. Zernatto**

ern, das gilt nicht nur für die herkömmliche Infrastruktur, sondern auch für die sogenannten weichen Infrastrukturfaktoren wie Bildung und Freizeiteinrichtungen, wo gerade Kärnten erhebliche Vorteile ausweist. Es ergeht daher ganz klar der Auftrag an den nächsten Finanzreferenten, der ich hoffentlich wieder selbst sein werde, diese Politik der Konsolidierung konsequent fortzusetzen. Denn letztlich meine Damen und Herren, muß es das Ziel der Finanzpolitik, der Budgetpolitik des Landes Kärnten sein, in absehbarer Zeit einen operativ ausgeglichenen Landeshaushalt zustandezubringen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Meine Damen und Herren, nun zu den Eckdaten des Landesvoranschlags 1999:

Bei der Erstellung des Landesvoranschlags wurde von der derzeit gültigen Rechtslage ausgegangen und unterstellt, daß durch den Konsultationsmechanismus einerseits Belastungsverschiebungen im größeren Ausmaß zwischen den Gebietskörperschaften unterbleiben und eine umfassende Steuerreform erst im Jahr 2000 umgesetzt und somit budgetwirksam wird.

Die Eckdaten des zur Beratung und Beschlußfassung vorliegenden Entwurfes des Landesvoranschlags 1999 stellen sich wie folgt dar:

Der Voranschlag weist im Haushalt Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben in der Höhe von S 25,142.613.000,-- aus. Die Höhe des Abganges ist mit einer Summe von S 2,262.483.000,-- ausgewiesen. Der voraussichtliche Gesamtschuldenstand des Landes Kärnten wird zum Ende des Jahres 1999 daher S 14,340.599.000,-- betragen, dieser Wert entspricht 9,68 % des Brutto-Inlandsproduktes. Die Netto-Neuverschuldung wird für das Jahr 1999 mit S 970,731.000,-- angegeben.

Die Netto-Neuverschuldung 1999 sichert somit, daß der Wert von einer Milliarde Schilling weiterhin unterschritten bleibt. Die Pro-Kopf-Verschuldung, das ist auch ein Wert, der im Vergleich immer interessant ist, beträgt mit Ende des Jahres 1999 somit S 26.178,63.

Der "Maastricht-Saldo" und somit die Darstellung des öffentlichen Defizits nach Maastricht

erfordert eine Adaptierung der in der österreichischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßten Darstellung und ergibt für den Landesvoranschlag 1999 einen Überschuß von S 449,592.000,--.

Gemeinsam mit dem Landesvoranschlag 1999 werden dem Landtag Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses vorgelegt, mit dem der Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum Landesvoranschlag 1999 erteilt werden und wird eine mittelfristige Vorschau über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung für die Jahre 2000 bis 2002 gegeben.

Ich erlaube mir nun, nicht willkürlich, aber jedenfalls nicht vollständig die Schwerpunkte des Budgets 1999 darzustellen, wie sie sich aus dem Zahlenwerk, vor allem aber auch aus den Schwerpunktbildungen und Zielsetzungen der verantwortlichen Regierungsmitglieder ergeben.

Zuerst zum Bereich der Land- und Forstwirtschaft, der mir ganz besonders wichtig ist, weil die Land- und Forstwirtschaft einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren nicht nur für die bäuerliche Bevölkerung in unserem Land, sondern vor allem auch im Rahmen ihrer weit über den eigenen Bereich hinausgehenden Bedeutung für die Regionalpolitik in unserem Lande für die Erhaltung der Kulturlandschaft und damit der wesentlichsten Ressourcen für die Tourismuswirtschaft in unserem Lande darstellt und, wie ich vorher schon betont habe, auch einer der ganz wesentlichen weichen Erfolgsfaktoren für zukünftige wirtschaftliche Strukturveränderungen anzusehen ist.

Kärnten besitzt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den städtischen Ballungsgebieten und dem ländlichen Raum. Dies ist eine gute Grundlage für eine positive Entwicklung der Gesellschaft in unserem Land. Es müssen aber gleichwertige Lebenschancen für die Bewohner der Städte und des ländlichen Raumes gegeben sein. In einem Europa ohne Grenzen und dem Zeitalter der Globalisierung brauchen wir regionale Identität, denn die Menschen haben ein Bedürfnis nach Heimat, nach Vertrautheit und nach Verwurzelung. Das bedeutet, daß unser ländlicher Raum, lebendige Gemeinden, funktionierende Dorfgemeinschaften und unsere unverwechselbaren Kulturlandschaften, die ein

**Dr. Zernatto**

Teil unseres natürlichen und kulturellen Erbes sind, immer wichtiger werden. Eine zukunftsweisende Entwicklung des ländlichen Raumes und der ihn prägenden Land- und Forstwirtschaft ist mir deshalb ein besonderes Anliegen.

Die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes werden wir durch eine integrierte Strukturpolitik weiter forcieren, deren erstes Ziel aber die Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze und die Stärkung der Wirtschaftskraft sein muß. Die Chancen für eine dezentrale Wirtschaftsentwicklung steigen auch mit den Möglichkeiten der modernen Informationstechnologie. Diese wollen wir gerade für den ländlichen Raum nutzen. Um eine Abwanderung zu verhindern, müssen gerade für junge qualifizierte Arbeitskräfte Perspektiven im ländlichen Raum verstärkt geschaffen werden Stichwort Telearbeitsplätze.

Die Landwirtschaft und der ländliche Raum bilden eine Harmonie und sind die Basis unserer Kärntner Kultur. Die Existenz der leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft in Kärnten müssen wir weiterhin sichern, damit die Versorgung mit gesunden, preiswerten Lebensmitteln und umweltfreundlichen Rohstoffen sowie eine Erhaltung der natürlichen Grundlagen und die Pflege der Kulturlandschaft gewährleistet ist.

Unsere Kärntner Landwirte müssen für sich und ihre Familien ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften können und ihre Chancen auf dem Heimmarkt aber auch auf den Exportmärkten nutzen. Dafür müssen wir die bäuerlichen Betriebe ermutigen, indem wir ihre Investitionen unterstützen und Wettbewerbsverzerrungen sowie bürokratische Hemmnisse abbauen und verringern.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Kärnten brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Ohne die bäuerliche Landwirtschaft ist unsere Kulturlandschaft, die durch die Arbeit von Land- und Forstwirten über Generationen entstanden ist, nicht aufrecht zu erhalten. Die Landwirtschaft muß an die Standortverhältnisse angepaßt sein, eine Diskussion über ausschließlich extensive oder intensive Bewirtschaftung wird dem Ziel einer umweltgerechten Landwirtschaft nicht gerecht

werden. In Kärnten müssen wir uns deshalb für regional angebrachte Formen der landwirtschaftlichen Produktion einsetzen. Wir müssen auch daran festhalten, daß es für besondere ökologische und landschaftspflegerische Leistungen, die über die Erfordernisse der guten, fachlichen Tätigkeit hinausgehen, weiterhin einen angemessenen Ausgleich gibt. Meine Damen und Herren, ich sage aber hier auch etwas ganz klar dazu: Das bedeutet keinen Freibrief für die bäuerliche Bevölkerung unseres Landes, sich auf Ewigkeit auf Transferzahlungen verlassen zu können. Das, was hier auch von den bäuerlichen Betrieben und ihren Betriebsführern gefordert ist, ist ein konkretes Auseinandersetzen mit den Chancen, die im eigenen Haus zu nutzen sind. Nur dann, wenn es möglich sein wird, vorhandene Transfer- und Fördermöglichkeiten auch durch Kreativität und Einsatzfreude in den Betrieben umzusetzen, wird das Ziel, das wir hier definieren, auch gemeinsam zu erreichen sein.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union hat im Agrarbereich tiefgreifende Anpassungsprozesse ausgelöst, die in den nächsten Jahren das Bild der heimischen Land- und Forstwirtschaft maßgebend formen werden. Nach wenigen Jahren der EU-Mitgliedschaft kann ich aber feststellen, daß unsere Kärntner Bauern den Eintritt in die gemeinsame Agrarpolitik bisher viel besser bewältigt haben, als dies von vielen vorausgesagt wurde.

Entgegen den Befürchtungen ist die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Kärnten relativ stabil geblieben, was sicherlich auch mit den umfassenden richtigen Förderungsmaßnahmen zusammenhängt.

Die EU-Förderungen sind unverzichtbar für Kärntens Land- und Forstwirtschaft. Sie zeigen, daß Kärnten enorm von der europäischen Förderpolitik profitiert hat. Vor allem im Rahmen des österreichischen Programms für umweltgerechte Landwirtschaft, der Ausgleichszulage für Bergbauern und den Flächen- und Marktordnungsprämien werden die eingetretenen Preisverluste bzw. die naturräumlichen Nachteile ausgeglichen. Des weiteren stellen diese Gelder sicher, daß die zusätzlichen ökologischen Maßnahmen unserer Bauern belohnt werden. Neben den nationalen

**Dr. Zernatto**

Förderungen des Bundes und des Landes flossen allein 1997 735 Millionen Schilling für diese Zwecke aus dem EAGFL-Garantiefonds der Europäischen Union nach Kärnten.

Darüber hinaus gibt es in keinem anderen Bundesland so viele innovative Projekte und Regionalinitiativen zur Stärkung des ländlichen Raumes wie in Kärnten. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Kärnten zählt zu den vorbildlichsten Bundesländern bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik im Rahmen des Ziel 5 b-Programmes. Mit Stand 31. 3. 1998 waren es 4889 Projekte, für welche 792 Millionen Schilling seit 1995 ausbezahlt und weitere 589 Millionen Schilling für in Umsetzung befindliche Projekte genehmigt sind. Damit ist das Ziel 5 b-Programm Kärnten rund eindreiviertel Jahre vor seinem Auslaufen zu rund 70 % umgesetzt.

Aus diesem Programm hat mit immerhin 1699 Projekten allein der landwirtschaftliche Sektor ein Drittel aller österreichischen Projekte verwirklicht. Angesichts dieser Erfolge sind kritische Stimmen durchaus nicht gerechtfertigt und auch nicht verständlich. Kärnten hat hier wirklich österreichische Vorbildwirkung geleistet. Meine Damen und Herren, ich sage hier auch etwas ganz klar dazu: Das ist keine Leistung der Politik. Die Politik hat hier Rahmenbedingungen gesetzt und finanzielle Mittel bereitgestellt. Das, was hier geleistet wurde, meine Damen und Herren, ist der Einsatzfreude, der Kreativität und der Begeisterung der ländlichen Bevölkerung in unseren Regionen zu verdanken. Dieser ländlichen Bevölkerung möchte ich heute hier von dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön sagen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Kärnten ist somit sowohl im Bereich der Strukturförderungen und natürlich noch viel stärker im Bereich der Agrarförderungen ein klarer Nettoempfänger. Den Beitragsanteil von 397 Millionen Schilling im Jahr 1997 standen Rückflüsse von S 1.011.000.000,- gegenüber. Selbst unter Zurechnung des Anteils der Beiträge der Kärntner Gemeinden im Jahr 1997 von S 49.600.000,- ergibt die Betrachtung einen deutlichen Überhang durch die Rückflüsse.

Ob der Bedeutung dieser EU-Maßnahmen für Kärnten legt die Kärntner Landesregierung

natürlich größtes Augenmerk auf die zukünftige Gestaltung ab dem Jahr 2000. Bekanntlich hat die Europäische Kommission mit der "AGENDA 2000" grundlegende Reformvorschläge sowohl für die Agrarpolitik als auch für die Strukturpolitik, für die gesamten finanziellen Grundlagen für die EU sowie für die Vorbereitungsschritte für die Osterweiterung am 18. März 1998 verabschiedet.

Mit den Vorschlägen zur Reform der Agrarpolitik sollen im Marktordnungsbereich zum Teil massive Preiskürzungen zur Anpassung an Weltmarktpreise vorgenommen und gleichzeitig neue und höhere Ausgleichsregelungen eingeführt werden. EU-weit soll ein neues Programm zur Stärkung des ländlichen Raumes eingerichtet werden, das nicht nur die bisherigen Fördermaßnahmen für eine umweltgerechte Landwirtschaft und Direktinvestition für die Bauern zusammenfaßt, sondern massiv eine integrierte Entwicklung des ländlichen Raumes forciert. Letzterer Bereich ist gerade jener, bei dem sich Kärnten bislang bewährt und diesen auch hervorragend ausgenützt hat.

Festgestellt werden muß aber, daß dies vorerst alles nur Vorschläge sind. Derzeit sind aber schon heftige Diskussionen und erste Verhandlungen im Gange. Die Entscheidungen sind bis Sommer 1999 durch die jeweils zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten zu treffen.

Kärnten hat die Wichtigkeit all dieser EU-weiten Reformen schon rechtzeitig erkannt und dementsprechende Vorbereitungen getroffen. Diverse Veranstaltungen wurden abgehalten und mit Experten ausgearbeitete Stellungnahmen wurden sowohl den EU- als auch den Bundesvertretern überreicht. Nunmehr liegt es vor allem an den Bundesstellen, bei den Verhandlungen unsere Position und unsere Anliegen in den Gesprächen mit den weiteren 14 Mitgliedsstaaten sachkundig einzubringen. Sowohl der Zentralraum als auch der ländliche Raum darf bei diesen Positionen im Sinne einer positiven Entwicklung Kärntens nicht zu kurz kommen. Gerade gestern konnte Kollege Haller ein sehr kompaktes und was die Verhandlungschancen anlangt sehr positiv zu beurteilendes Papier von Experten der Kärntner Landesregierung vorlegen, das sich gerade mit diesen

**Dr. Zernatto**

Punkten und diesem Teil der Strukturpolitik sehr eingehend befaßt. Ich möchte von dieser Stelle aus den Appell, den ich gestern bereits gerichtet habe, noch einmal wiederholen: Hier wird es notwendig sein, auch wieder einmal unter Überspringung aller parteipolitischen Grenzen eine gemeinsame Kärntenposition zu vertreten, denn, meine Damen und Herren, es wird uns in zehn Jahren niemand fragen, ob sich im Rahmen der Vorbereitung dieser Verhandlungen die ÖVP, die SPÖ oder die FPÖ durchgesetzt hat, sondern wir werden Rechenschaft zu geben haben, ob wir eine Kärntner Position, die erfolversprechend war, auch tatsächlich in den Verhandlungen umzusetzen in der Lage waren. Ich sage das heute auch ganz klar: Das wird nur möglich sein, wenn wir hier Geschlossenheit zeigen und erkennen, daß wir uns hier nicht in einem kärnteninternen Wettbewerb befinden, sondern in einem Verteilungskampf anzutreten haben, der in Österreich, aber auch insgesamt in der Europäischen Union zu führen sein wird. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaft befindet sich in einem Prozeß des Wandels und der Anpassung an die großen strukturellen Herausforderungen Globalisierung und Ostöffnung. Die Globalisierung hat den weltweiten Wettbewerbsdruck auf unsere Wirtschaft verstärkt. Die Unternehmen sind mit einer Vielzahl neuer Mitbewerber konfrontiert, auch in Branchen, die früher den klassischen hochindustrialisierten Regionen dieser Welt vorbehalten waren. Viele dieser Produkte kommen heute verstärkt aus Fernost. Das geringe Lohnniveau und die niedrigen Umweltauflagen verursachen Kosten und Preise, die in der Europäischen Union nicht erzielt werden können. Die Globalisierung bietet aber auch den Zugang zu neuen Märkten - das ist ein für mich entscheidender Punkt! - und stellt somit eine echte Chance dar. Die Voraussetzungen sind aber Konkurrenzfähigkeit und rasche sowie intensive Anpassung an die weltweiten Entwicklungen. Die Öffnung des Ostens verursacht in vielen westeuropäischen Regionen eine Verlagerung von Produktionsstandorten. Das Lohngefälle, die Umweltauflagen, aber auch die kürzeren und unkomplizierten Behördenverfahren in Osteuropa stellten vor allem für viele westeuropäische Grenzregionen

Probleme dar. Eine verstärkte Kooperation zwischen den Regionen, das rechtzeitige aktive Erarbeiten von gemeinsamen Programmen und Aktivitäten sind ein positiver Ansatz für eine quantitativ beträchtliche Entwicklung eines Wirtschaftsraumes über Regionsgrenzen hinweg.

Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Region als Wirtschaftseinheit nimmt auch im Zeitalter der Globalisierung stark zu; besonders aufgrund der unmittelbaren Marktnähe. Damit steigt aber auch die Verantwortung der Politik und der Verwaltung für die regionale Wirtschaftspolitik. Die Atmosphäre des Vertrauens in eine Region schafft die Grundlage für ein attraktives Investitionsklima bei makroökonomischer Stabilität, freien und offenen Märkten, klaren Eigentumsrechten und politischer Stabilität. Motivierter Arbeitnehmer, ein positives soziales Klima, geringe Streikzeiten, eine schlanke und wirtschaftsfreundliche Verwaltung, die gebündelte und kurze Genehmigungsverfahren garantiert, modernste Verkehrsinfrastruktur, zukunftsweisende Forschungseinrichtungen sowie ein dynamisches Ausbildungssystem, das sich am raschen technologischen Wandel orientiert, bilden weitere makroökonomische Grundlagen für eine dynamische Wirtschaftsregion. Ein umfassendes Freizeitangebot und eine gesunde, lebenswerte Umwelt bilden die Basis für ein begehrtes Arbeitsumfeld.

Für die Positionierung eines zukunftssträchtigen Standortes bedarf es eines strategischen Konzeptes mit folgenden Elementen:

- \* Definition der Grundlagen und daraus Ableitung der Zielsetzungen für die Wirtschaftspolitik;
- \* Analyse der internationalen Nachfragebedingungen sowie der Stärken und Schwächen der Konkurrenten unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Ausgangslage und der erwartenden künftigen Entwicklung für rechtzeitige Wahrnehmung und Verarbeitung struktureller Brüche;
- \* Analyse der gegenwärtigen Stärken und Schwächen einer Region;
- \* Evaluierung der Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung einer Region;

**Dr. Zernatto**

- \* Formulieren eines Leitbildes als Basis für die Feststellung von Maßnahmenfeldern
- \* und letztlich und am wichtigsten: Die Umsetzung des Leitbildes durch Einzelmaßnahmen.

Meine Damen und Herren! Wir haben das in Kärnten wahrgenommen. Wir haben diese Verantwortung erkannt und haben diese Verantwortung für uns definiert. Wir haben im Bundesland Kärnten mit den Ergebnissen und Erkenntnissen des "Ossiacher Kreises" (einer Runde von Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirche, Wissenschaft und Medien) sowie dem "Entwicklungsleitbild Zukunft Kärnten" die dementsprechenden Grundlagen erarbeitet. Auch hier wieder, meine Damen und Herren, ist es nicht darum gegangen, in einen innerkärntnerischen Wettbewerb einzutreten, wer der Schönste oder Gescheiteste im ganzen Land wäre. Auch in diesem Bereich, meine Damen und Herren, war es wichtig, diese Notwendigkeit zur Gemeinsamkeit zu erkennen; diese Gemeinsamkeit aber nicht nur zu betonen, sondern in einem offenen Dialog in diesen Gesprächsgremien auch tatsächlich zu leben. Wir haben somit die an den Standort Kärnten gerichtete Herausforderung nicht nur als eine an die öffentliche Hand gerichtete zu erkennen, sondern eine, die sich natürlich auch an die Politik und an die Verwaltung richtet, und zwar zur aktiven Gestaltung der strukturellen Entwicklung; gleichzeitig auch eine Aufforderung an die Kärntnerinnen und Kärntner, an unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, an unsere Unternehmen und Institutionen, daran teilzunehmen. Wir müssen auch davon ausgehen, daß die laufende strukturelle Entwicklung nicht abgeschlossen sein wird und kann, sondern die Gestaltung eine andauernde Aufgabe bleiben wird. Das "Entwicklungsleitbild Zukunft Kärnten" zielt darauf ab, Kärnten als Wirtschaftsstandort und Lebensraum für die Bevölkerung, Wirtschaft, aber auch Gäste attraktiver zu machen. Diese Zielsetzung soll über folgende Orientierungslinien erreicht werden:

- \* durch Schaffung optimaler Rahmenbedingungen zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

- \* durch Maßnahmen zur Stärkung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen.
- \* durch Aktivierung, Nutzung und Sicherung vorhandener Potentiale mittels Vernetzung.
- \* durch aktives Standortmarketing nach innen und außen.

Meine Damen und Herren! Die Basis für die Umsetzung des "Entwicklungsleitbildes Zukunft Kärntens" sind strategische Leitziele mit dementsprechenden Leitbildprojekten, welche eine langfristige und zielorientierte Entwicklung des Landes Kärntens garantieren sollen.

Die in unserem Bundesland vorherrschende klein- und mittelbetriebliche Struktur bezieht ihre Kraft aus einer Vielzahl von in Marktnischen sehr erfolgreich tätigen Unternehmen. Die Marktmöglichkeiten dieser Struktur stehen in der sich abzeichnenden Entwicklung der globalen Unternehmenskonzentration, der zunehmenden Öffnung neuer Märkte und des Eintritts immer neuer Konkurrenten aus neuen Regionen vor ungeahnten neuen Chancen. Zu deren Wahrnehmung müssen neue strategische Ansätze entwickelt werden, die Vernetzung und Kooperation von Unternehmen gegenüber Einzelkämpfertum forcieren und fördern.

Eine Wirtschaftspolitik mit dem Ansatz der Clusterbildung zur Sicherung der Qualität und der Entwicklung unserer Region bildet dafür einen notwendigen zukunftsweisenden Weg. Der Clusteransatz bildet ein bedeutendes Fundament für die Entwicklung und Förderung neuer Formen des Zusammenführens, der Verbindung und Vernetzung vorhandenen Wissens. Cluster können durchaus auf eine dynamische und moderne Technologiepolitik abzielen. Die Grundlage müssen aber vorhandene Stärken sein. Aus der Erfahrung der Clusterbildung geht hervor, daß lokal eingerichtete und organisierte Cluster vor allem dort von großer Bedeutung sind, wo sie bereits lokal ausgeprägt sind oder wo es um das "Coaching" von kleinen und mittleren Unternehmen durch größere Unternehmen, die Anpassung von Produkten an lokale Märkte oder die enge Zusammenarbeit zwischen Firmen und ihren Hauptlieferanten in Form kooperativer Entwicklungen und Koproduktionen geht. Die Wirtschaftspolitik kann zwar die Rahmenbedingungen für die

**Dr. Zernatto**

Startunterstützung der Clusterbildung schaffen und festlegen - dennoch müssen die Unternehmen, orientiert an ihrer eigenen Strategie, die Möglichkeiten einer Teilnahme erkennen und die Verantwortung für die Prozesse und deren Ergebnisse tragen.

Im Land Kärnten hat der "Ossiacher Kreis" als Zukunftsmärkte Umwelt, Bildung, Gesundheit und Ernährung festgelegt; als Kernkompetenzen Mikroelektronik, Prozeß- und Verfahrenstechnik sowie Energie. Die Zukunftsmärkte sollen sich über Produktqualität oder Qualität der Kundenbeziehung profilieren. Es ist aber klar, daß eine konzentriert und über Jahre andauernde Anstrengung notwendig sein wird, um die Stärkefelder wirtschaftlich stark fundieren zu können. So wurde für den Umweltcluster ein Sondierungsprojekt durchgeführt, an dem sich rund 60 Kärntner Unternehmen beteiligt haben. Die Ergebnisse liegen vor und werden weiter zielorientiert bearbeitet. Der Elektronikcluster ist durch hervorragende Vorarbeit im Aufbau, wobei auch die Aktivitäten der Betriebsansiedlung auf dem Elektronikbereich unter dem Titel "Silicon Alps" fokussiert werden. Die Verantwortung für die Clusterbildung liegt beim Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, der Bereich der Betriebsansiedlung wird durch die Technologieland Kärnten GesmbH wahrgenommen.

Der KWF hat sich als bewährte Fondseinrichtung und als wichtiges wirtschaftspolitisches Instrumentarium seit seiner Gründung bewährt. Dies wird auch durch eine von Prof. Dr. Bodenhöfer und Doz. Dr. Steiner angefertigten Evaluierung bestätigt. Um aber offensivere Wirtschaftspolitik zu betreiben, wird der KWF auch als regionale Entwicklungsagentur verstärktes wirtschaftspolitisches Bewußtsein zu entwickeln haben; Leitlinien in Abstimmung mit der Landespolitik umzusetzen zu haben sowie Leitprojekte als konkrete Maßnahmen zu erarbeiten und zu realisieren haben.

Der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds hat im Jahr 1997 insgesamt für 353 Unternehmen ein Förderungsvolumen von S 371,875.472,18 genehmigt. Diese Unternehmen haben im Jahr 1997 insgesamt 11.294 Arbeitnehmer

beschäftigt. Mit der Umsetzung der geförderten Projekte ist die Beschäftigung von insgesamt 11.906 Arbeitnehmern geplant. Es kann somit davon ausgegangen werden, daß durch das Fördervolumen insgesamt 612 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Bei der Betrachtung der Arbeitsplätze nach den Sektoren zeigt sich, daß im Bereich der Industrie mit Abstand die meisten Mitarbeiter beschäftigt sind. Die zu erwartenden 612 Arbeitsplätze teilen sich zu 264 auf Industrie, 107 auf Gewerbe, 196 auf Tourismus, 26 auf Handel und 19 auf andere Wirtschaftsbereiche auf.

Durch Förderungsmaßnahmen des Landes Kärnten von insgesamt 4.753,200.000 Schilling in den Bereichen Gemeinden, Finanzen und Wirtschaft, Energieförderung, Wohnungs- und Siedlungswesen, Forstwesen, Landwirtschaft, Soziales, Jugend, Familie, Frauen, Sozial- und Gesundheitsrecht, Krankenanstalten, Umweltschutz und Technik, Bundesgebäudeverwaltung, Landeshochbau, Straßen- und Brückenbau, Wasserwirtschaft und Landesplanung konnten Investitionen von 15.013,600.000 Schilling erzielt werden.

Unter Heranziehung einer vom Wirtschaftsforschungsinstitut bekanntgegebenen Kennzahl (dem sogenannten Beschäftigungsmultiplikator) wurde versucht, die Anzahl der gesicherten Arbeitsplätze durch die gewährten Förderungsbeiträge zu ermitteln. Ausgehend von einer überschlagsmäßig angestellten Berechnung kann durch die Investitionsvorhaben mit Landesförderungen angenommen werden, daß dadurch im Jahr 1997 durchschnittlich etwa 27.000 Arbeitsplätze zumindest gesichert werden konnten.

Die Anfang des Jahres 1997 gegründete Kärntner Holding Beteiligungs-AG, die sich an mittelgroßen Unternehmen beteiligt, hat im Jahr 1997 und Anfang 1998 eine sehr positive Entwicklung genommen. Sie konnte ihr Ziel, sich an Unternehmen zu beteiligen und deren Börsengang vorzubereiten, erfolgreich umsetzen. So wurde nach einer Beteiligung durch die Holding Beteiligungs-AG und durch eine aktive Beratung die HIRSCH Servo AG aus Glanegg und die SW Umwelttechnik aus Klagenfurt an die FIT-Börse in Wien gebracht. Sowohl die Entwicklung der Unternehmen als auch die

**Dr. Zernatto**

Entwicklung des Börsenkurses gestalten sich äußerst positiv.

Meine Damen und Herren! Im Bereich der Elektrizitätswirtschaft wurde eine Vereinbarung über die Verstärkung der Kooperation zwischen KELAG und der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG, sprich Verbundgesellschaft, herbeigeführt. Es erfolgte eine Übertragung der operativen Führung der STEG, die sich zu 68,38 % im Eigentum der Verbundgesellschaft befindet, an die KELAG. Unter der Berücksichtigung der 110.000 Kunden der STEG ergeben sich im Bereich des Netzes und der kaufmännischen Aufgaben dadurch Tätigkeitsbereiche für die KELAG, durch welche hochwertige Arbeitsplätze in Kärnten gesichert und erhalten werden können. Das ist ein für mich sehr wesentlicher Punkt, meine Damen und Herren, weil immer wieder davon die Rede war, daß die Kooperationen im Bereich der Energiewirtschaft letztlich darauf abzielen, durch Synergieeffekte Personal abzubauen. Genau das Gegenteil passiert, meine Damen und Herren! Durch die Stärkung der Unternehmungen durch solche Kooperationsmöglichkeiten sind wir in der Lage, auch neue Tätigkeitsfelder so zu besetzen und zu nutzen, daß sich aus dieser Zusammenarbeit sichere Arbeitsplätze für die Zukunft ergeben, als wir das in der Vergangenheit gehabt haben. *(Beifall)*

Erfreulich ist auch die wirtschaftliche Lage der KELAG. Sie hat sich in den letzten Jahren äußerst positiv entwickelt. Durch ein professionelles Agieren des Vorstandes und des Aufsichtsrates erfolgt seit drei Jahren, erstmals seit 1990, wieder eine Gewinnausschüttung. So konnte 1996 bzw. 1997 eine Gesamtausschüttung von 96 bzw. 98 Millionen Schilling an die Aktionäre erfolgen. Die KELAG ist somit ein wichtiger Faktor der Wirtschaftspolitik in Kärnten und für den internationalen Wettbewerb aufgrund der Unternehmenssituation bestens gerüstet.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Kärnten Landes- und Hypotheken Bank AG war seit 1993 mehr als beeindruckend.

Die Bank und ihre Konzernunternehmen haben durch ihre Orientierung auf den Alpe-Adria-Raum von der Dynamik der Volkswirtschaft

Italiens, Sloweniens und Kroatiens profitiert und in ihr eigenes Wachstum umsetzen können. Durch die weitsichtige Strategie des Vorstandes und des Aufsichtsrates konnte die Bank zu einer bedeutenden Finanzdrehscheibe im Alpe-Adria-Raum ausgebaut werden. Seit dem Jahr 1993 erfolgt auch wieder eine Ausschüttung an die Aktionäre. So beträgt die Gesamtausschüttung für das Jahr 1997 S 39 Mio. Der Hypo-Konzern ist mit einer Bilanzsumme von S 36,4 Mrd. im Jahr 1997 somit das größte Geldinstitut in Kärnten. Eine Fortsetzung der erfolgreichen Strategie im Alpe-Adria-Raum wird die Position der Hypo Bank AG weiterhin stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin bewußt auch ein bißchen eingegangen auf die Situation jener Unternehmungen in unserem Lande, an dem das Land Kärnten bedeutende, nämlich Mehrheitsbeteiligungen, hält. Die positive Entwicklung dieser Unternehmungen in den letzten Jahren waren auch von einem ganz klar erkennbaren Faktor geprägt. Es ist in der Hypo, es ist in der Kelag gelungen, über alle parteipolitischen Interessen und Vorstellungen hinweg, einen Weg der Gemeinsamkeit zu gehen, die Möglichkeit zu nutzen, einen Weg der Gemeinsamkeit zu gehen, die Möglichkeit zu nutzen, gemeinsame Ziele zu definieren, gemeinsam Erfolgspotentiale zu definieren und diese Erfolgspotentiale wie wir gesehen haben, auch zu nutzen. Es möge allen, die sich mit diesen Unternehmungen auch im Rahmen der politischen Diskussion auseinandersetzen, bewußt sein, daß es sich hier um die Perlen des Landes Kärnten handelt, mit denen man nicht mutwillig Parteipolitik betreiben soll, *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* sondern wo es notwendig ist, ganz konsequent den Weg, den wir hier in den letzten Jahren erfolgreich beschritten haben, in die Zukunft weiterzugehen. Auch hier gilt, Legislaturperioden ist etwas, was für Landtagsabgeordnete und Regierungsmitglieder ungeheure Bedeutung haben, weil es sich auswirkt auf persönliche Karrieren oder Vorstellungen. Die Wirtschaft orientiert sich bitte nicht an diesen zeitlich sehr willkürlichen Abschnitten.

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen wir auch in Zukunft den technischen Fortschritt vorantreiben. Damit uns das gelingt,



**Dr. Zernatto**

brauchen wir ein Klima der Innovationsfreude, der Ausrichtung auf Zukunft und Wettbewerb. Vor allem brauchen wir aber Existenzgründer mit Wagemut und Ideen für neue Märkte und neue Arbeitsplätze. Eine kleine Region wie Kärnten ist vor allem auf den Einfallsreichtum und den Fleiß seiner Menschen angewiesen. So hat die Wirtschaftskammer Kärnten und das Land Kärnten gemeinsam die Aktion „Vorrang für Unternehmen“ gestartet. In der Wirtschaftskammer Kärnten wurde ein Gründerzentrum mit einem Gründerhelfer eingerichtet, welches sich als Anlaufstelle für alle Kärntner Betriebsgründer bereits stark etablieren konnte. Zahlreiche Aktionen wie die Schulunternehmen des Jahres, eine Kärntner Jungunternehmerakademie, das Projekt „Brutkasten - Idee mit Pfiff“, Eigenkapitalgarantien und eine begleitende Werbekampagne stoßen auf großes Interesse. So waren die ersten 100 Tage im Gründerzentrum geprägt von einem ganz enormen Andrang. Die Nachfrage hat auch bis heute nicht nachgelassen. Bis Ende April konnten 939 Beratungsgespräche geführt werden. Beim Vergleich der Gewerbeanmeldungen bzw. -berechtigungen in Kärnten, konnte im ersten Quartal 1998 eine Zahl von 772 gegenüber 638 im ersten Quartal 1997 verzeichnet werden. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Neben ihrer grundlegenden Bedeutung für das Individuum und die Gemeinschaft ist die Bildung zu einem entscheidenden Produktionsfaktor eines Wirtschaftsstandortes geworden. Das wirtschaftliche Überleben einer entwickelten Wirtschaftsregion hängt auch immer davon ab, den Bildungsstand der Bevölkerung erfolgreich der rasant fortschreitenden Entwicklungen aktuell anzupassen und damit der Wirtschaft entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte anzubieten.

Trotz der kurzen Dauer ihres Bestehens sind die Kärntner Fachhochschul-Studiengänge aus der Bildungslandschaft unseres Bundeslandes nicht mehr wegzudenken. Heute zeigt sich, daß wir uns für die richtigen Studiengänge entschieden haben. Der Fachhochschul-Studiengang „Elektronik“ in Villach etwa, mit den Schwerpunkten „Mikroelektronik“, „Meß- und Regelungstechnik“ sowie „Elektronische Geräte

und Systeme“, ist ein wichtiger Baustein im Konzept für den Elektronikcluster bzw. für „Silicon Alps“. Das gleiche gilt für den Klagenfurter Studiengang „Telematik/Netzwerktechnik“. Der Studiengang „Bauingenieurwesen“ in Spittal/Drau, vor dem Hintergrund des mittlerweile sechstgrößten Bauunternehmens Europas, zieht auch Studenten aus Deutschland, Italien und Ungarn an. Für den Studiengang „Kommunales Management“ gab es im Vorjahr 180 Bewerber für 33 Studienplätze.

Die wissenschaftliche Reputation unserer Studiengänge geht aus dem Ergebnis des Wettbewerbs im Impulsprogramm des Wissenschaftsministeriums „Fachhochschulen und Forschung“ hervor, an dem sich österreichweit 22 Fachhochschul-Studiengänge beteiligt haben. Von diesen wurden elf Projekte von einer internationalen Jury als förderungswürdig anerkannt. Darunter befanden sich auch die beiden Vorschläge aus Kärnten. Diese konnten ein Preisgeld von S 5,9 Mio. als zusätzliche Forschungsmittel des Bundes lukrieren. Die Projekte unserer Studiengänge „Bauingenieurwesen“ und „Elektronik“ nahmen in diesem Ranking sogar die Plätze 1 und 2 ein.

Das Technikum Kärnten bringt aber auch und das ist bemerkenswert qualifiziertes wissenschaftliches Potential in unser Bundesland. Derzeit sind 25 hauptberufliche Professoren und 43 Lehrbeauftragte beschäftigt. Aktuellster Neuzugang ist z.B. Univ.Prof. Dr. Herbert Grünbacher, bisher Ordinarius an der Technischen Universität Wien, der die Leitung des Studienganges „Elektronik“ übernommen hat. Im vorliegenden Budget ist sichergestellt, daß diese sehr erfreuliche Entwicklung anhalten kann.

Das Technikum Kärnten als Trägerverein aller Kärntner Fachhochschul-Studiengänge hat beim Fachhochschulrat in Wien bereits den Studiengang „Gesundheit und Pflegemanagement“ für Feldkirchen eingereicht und befaßt sich mit der Konzeption von Studiengängen „Umwelttechnik“ bzw. „Medizintechnik“ für Klagenfurt. Für Villach ist an einen Fachhochschulstudiengang „Geomatik“ gedacht, in Spittal/Drau gibt es Überlegungen für einen Schwerpunkt „Architektur“. Gemeinsam mit

**Dr. Zernatto**

dem Wissenschaftsministerium wurde in Kärnten ein Pilotprojekt Telelernen und Fernstudienelemente für Fachhochschulen eingeleitet. Praktisches Anwendungsgebiet ist nicht nur der Studiengang „Elektronik für Berufstätige“, sondern auch die beabsichtigte Öffnung des Studienganges „Kommunales Management für Berufstätige“.

Die Zahl der Studienanfänger wird heuer bereits 210 betragen. Im nächsten Jahr wird es die ersten Absolventen geben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Neben den Themen Landwirtschaft, Wirtschaft, Bildung, ist es aber ganz entscheidend, daß auch die Rahmenbedingungen im öffentlichen Umfeld passen.

Ein Rechtsstaat muß sich, um seine Aufgaben effektiv erfüllen zu können, auf die wesentlichen Bereiche konzentrieren. Die wirtschaftliche Dynamik und die Innovationsfähigkeit dürfen nicht durch Gesetze und Verordnungen sowie bürokratischen Perfektionismus behindert werden. Deregulierung, Privatisierung und Verwaltungsreform bzw. -Modernisierung schaffen Raum für private Initiativen.

Ohne einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst ist aber ein bürgernahes Land nicht denkbar. Das Berufsbeamtentum bleibt für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. In den vergangenen Jahren haben wir Maßnahmen getroffen, um den öffentlichen Dienst in seiner Gesamtheit leistungsorientierter, flexibler, effizienter und schlanker zu machen. Das Land Kärnten kommt heute mit weniger Personal aus, als im Jahr 1995. Die Einsparung der laufenden Legislaturperiode beträgt insgesamt bisher, laut Stellenplan 1999, 276,96 Planstellen. Der Personalstand beträgt hiermit für die Verwaltung, das Landeskonservatorium und Musikschulwerk sowie die medizinisch-technischen Akademien und Krankenpflegeschulen laut dem Stellenplan 1999 3747,54, d.h. der Personalstand liegt unter dem von 1978. Dafür stehen im Landeshaushalt für das Jahr 1999 S 1,994.708.000,- zur Verfügung, die sind 7,93 % des Gesamthaushaltes. Der verstärkte Einsatz moderner Informationstechnik und neuer Führungsinstrumente sind Teilschritte einer grundlegenden Modernisierung der Verwaltung.

Innerhalb der bisherigen Einsparungsperiode entspricht dies bei einer durchschnittlichen Bewertung einer Planstelle mit S 500.000,- Bruttoentgelt insgesamt einem Gegenwert von rund S 388.000.000,- an Personalkosten.

Die Ausgliederung des Landesarchivs, die Auflassung der Landesforstgärten, die Zusammenlegung von Abteilungen, die Einrichtung von Budget-Centern, die Erarbeitung eines Leitbildes für die Landesverwaltung, die Einführung eines Fuhrparkmanagements, die Einführung des automationsunterstützten Dienstzeitverwaltungssystems und der gleitenden Dienstzeit, die Neuorganisation der Wasserwirtschaft des Landes Kärnten, die Neuorganisation des Schreibdienstes sowie die in Umsetzung befindlichen Maßnahmen des Gebäudemanagements können als bedeutende Punkte der Verwaltungsreform genannt werden.

Um Kärnten als dynamischen Wirtschaftsstandort zu positionieren, wurde auch eine Studie über Prozeßcontrolling in der öffentlichen Verwaltung am Beispiel der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren durch die Wirtschaftsuniversität Wien erstellt. Die Erhebung in fünf österreichischen Bundesländern und vier Landeshauptstädten ergibt für Kärnten ein durchaus erfreuliches Ergebnis. Die Experten der Wirtschaftsuniversität Wien stellten fest, daß im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 1996 in Kärnten mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer für Betriebsanlagengenehmigungsverfahren vom Gastgewerbebetrieb bis hin zum Industriebetrieb mit 203 Tagen deutlich unter dem österreichischen Schnitt von 212 gerechnet werden konnte. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Die Kärntner Bezirkshauptmannschaften liegen damit deutlich vor Wien, der Steiermark, Graz oder Linz. Schneller waren hingegen Salzburg und Oberösterreich. Die Hälfte der Verfahren konnte in Kärnten jedoch bereits in 140 Tagen abgeschlossen werden.

Weiters stellte die Wirtschaftsuniversität Wien fest, daß die organisatorischen Verbesserungen in Kärnten, wie z.B. die Einführung der Verfahrenskoordination bei allen Bezirkshauptmannschaften, die Verfahren in den letzten Jahren bereits um mehr als 50 % beschleunigt haben. Ebenfalls hervorzuheben ist die hohe

**Dr. Zernatto**

Qualität der Bescheide, denn nur bei 4 % kam es zu einer Berufung. Die vereinfachten Verfahren benötigten in Kärnten laut den Erhebungen überhaupt nur ein Drittel der Dauer der normalen Verfahren. Im Sinne der Einführung von Benchmarking wurden auch die Bezirkshauptmannschaften untereinander verglichen. Zwischen den Bezirkshauptmannschaften gibt es erhebliche Unterschiede in der Verfahrensdauer. Dieses Benchmarking soll den Wettbewerb unter den Bezirkshauptmannschaften forcieren.

Das Land Kärnten und die Wirtschaftskammer Kärnten prämiieren unter dem Titel „Speedy offiziales“ die fünf effizientesten Bediensteten, die sich durch Eigeninitiative, persönlichen Einsatz und Engagement auszeichnen.

Verwaltungsreform mit schnelleren Verfahren unter Reduktion von Personal im öffentlichen Dienst muß aber auch Aufgabe für morgen sein und bleiben. Der öffentliche Dienst und die öffentliche Hand sollen und dürfen nicht im Sinne eines dynamischen und zukunftsorientierten Standortes eine arbeitsmarktpolitische Funktion übernehmen. Dieser Ansatz wäre kontraproduktiv und würde ein negatives Signal ausstrahlen. Die öffentliche Hand muß sich auf ihre ureigenen Aufgaben beschränken. Neue Arbeitsplätze können nur in einer Wirtschaft geschaffen werden, die sich aufgrund unternehmerischer Initiative begründet. Jedes neugegründete Unternehmen schafft durchschnittlich vier Arbeitsplätze. Wir müssen zu diesem Zweck von politischen Aktionen Abstand nehmen, die zwar kurzfristig machbar erscheinen, aber auf lange Sicht negative Auswirkungen haben. Eine Ausweitung des öffentlichen Bereiches sowie staatlich verordnetes „Job-sharing“ stellen einen Rückschritt dar, der wohl nur abgelehnt werden kann. Zukunftsweisende Arbeitsplätze werden von erfolgreichen Unternehmen geschaffen und nicht von der öffentlichen Hand. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Meine Damen und Herren! Ich bin damit aber in einem zentralen Thema der Budgetpolitik für die Zukunft. Arbeitslosigkeit ist das derzeit wohl alle beschäftigende Wort, das vor allem mit sehr vielen ganz persönlichen Schicksalen verbunden ist.

Die Schlagworte Globalisierung und Rationalisierung umreißen die eher pessimistischen Perspektiven rund um den europäischen Arbeitsmarkt. Tatsache ist, daß die technologischen Entwicklungen und der internationale Wettbewerb die Struktur der Wirtschaft immer schneller verändern. Nur durch Flexibilität kann den Problemen am Arbeitsmarkt begegnet werden. Der Bedarf dieser Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt wird vor allem durch zwei Bedingungen begründet sein: Zum einen durch das Maß an beschäftigungskonformer Lohnpolitik und Anpassungsfähigkeit der Märkte an andere Länder der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und zum anderen durch den Grad an Preisniveaustabilität, den die Europäische Zentralbank mittelfristig anstrebt.

Es gibt in Europa aber auch Stimmen, welche weniger auf lohnpolitische Flexibilität und mehr auf eine europaweite Koordination der Beschäftigungspolitik und Beschäftigungsprogramme setzen wollen. Solche Vorstellungen finden sich, wenn auch in recht allgemeiner Form, im Vertrag von Amsterdam sowie in einer gleichzeitig verabschiedeten Entschließung über Wachstum und Beschäftigung und in Vorschlägen der Europäischen Kommission für einen EU-Sondergipfel zur Beschäftigungslage. Das Ergebnis dieses Gipfels war auch, daß jeder Staat einen Nationalen Beschäftigungsplan bis Mai 1998 vorzulegen hatte. Der Sachverständigenrat der Bundesrepublik sieht jedoch eine europaweite Koordination der Beschäftigungspolitik nicht als sehr zielführend an. Die hohe Arbeitslosigkeit in Europa beruht nicht zuletzt auf Fehlern in der Lohnpolitik und in der Verbindung einer mangelnden Anpassung der Arbeitsmärkte an die Bedingungen des globalen Wettbewerbs.

Offen spricht sich auch eine Studie von McKinsey aus, daß die Arbeitslosigkeit in Europa im Vergleich mit den USA sowohl die Wirtschaft als auch die Sozialpolitik belastet. Die Wirtschaftsdynamik soll laut McKinsey geweckt, der Staat abgeschlankt, und der Wettbewerb vor allem in den geschützten Sektoren geöffnet sowie die Arbeitsmärkte dereguliert werden. Das heißt konkret, daß Neueinstellungen, aber auch Kündigungen zu erleichtern sind. Sowohl in den Niederlanden als auch in Irland hat man gezeigt, daß eine solche wirtschaftspolitische

**Dr. Zernatto**

Annäherung an den US-Weg nicht bedeuten muß, daß alle Härten des amerikanischen Sozialsektors mit Ausgrenzung großer benachteiligter Bevölkerungsgruppen übernommen werden muß. In Österreich müssen wir uns deutlicher als bisher für den Weg entscheiden, der das Arbeitslosenproblem durch Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und nicht durch Rückgriff auf Budget und Steuern löst. Es ist dabei eine mentale Einstellung wichtig, wie der sachpolitische Kurswechsel natürlich auch. Wir müssen unseren Verwaltungs- und Verteilungsstaat in einen Leistungsstaat umwandeln.

Die Situation am Arbeitsmarkt verbessert sich im Jahr 1999 zwar in Österreich langsam, die Beschäftigung wird im nächsten Jahr um etwa ein Prozent zunehmen, die Arbeitslosigkeit verringert sich geringfügig. Die Arbeitslosenrate wird von 7,3 % für das Jahr 1998 auf 7,1 % im Jahr 1999 sinken. Die Tendenz am Kärntner Arbeitsmarkt entwickelt sich nach der schwierigen Situation im Jahr 1996 seit dem Vorjahr wieder positiv. So waren im Jahresdurchschnitt 1997 insgesamt 188.887 unselbständig Beschäftigte gemeldet. Im Vergleich zum Ergebnis des Jahres 1996, als 187.792 Arbeitnehmer in Beschäftigung gestanden waren, stellt dies einen Anstieg um 1.095 oder 0,6 % dar. Erfreulich an der Entwicklung im Jahr 1997 war aber vor allem die Tatsache, daß vom Feber bis Dezember stets deutlich über den Vorjahresmonaten gelegene Beschäftigungsstände verzeichnet werden konnten. Neben Kärnten entwickelte sich die Beschäftigung noch in vier weiteren Bundesländern positiv.

Etwas entspannt zeigt sich die Situation in Kärnten auch im Hinblick auf die Arbeitslosenentwicklung. Die 18.640 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1997 ergaben im Vergleich zum Wert des Jahres 1996 einen Rückgang um 821 Beschäftigungslose oder 4,2 %. Im Bundesländervergleich war die Arbeitslosenentwicklung in Kärnten zwischen 1996 und 1997 noch am günstigsten verlaufen. Die 4,2 %ige Reduktion stellt die höchste Verringerung innerhalb Österreichs dar. Die Arbeitslosenquote Kärntens betrug so für das Jahr 1997 im Mittel 9 %.

Durch das Land Kärnten wurden als klassische beschäftigungspolitische Maßnahmen die "Gemeinnützige Eingliederungsbeihilfe", durch welche im Zeitraum 1997 203 Personen unterstützt wurden und ein Betrag von 10,4 Millionen Schilling zur Auszahlung gebracht werden konnte, und der Verein zur Förderung der Kärntner Arbeitsstiftungen, der für die Betreuung von 362 Stiftungsteilnehmer insgesamt einen Betrag von 10,54 Millionen Schilling aufgewendet hat, unterstützt. Die Finanzierung der Arbeitsstiftungen findet durch das Arbeitsmarktservice Kärnten mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds und durch das Land Kärnten statt. Fallweise leisten Unternehmen einen Unkostenbeitrag für die Stiftungsteilnahme ehemaliger Mitarbeiter. Bei den Arbeitsstiftungen der Lebensmittel- und Speditionsbranche ist die Wirtschaftskammer maßgeblich an der Finanzierung beteiligt. Das Arbeitsmarktservice finanziert zusätzlich das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe, Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes der Stiftungsteilnehmer in der Höhe von zirka 28,7 Millionen Schilling und stellt die Kurse kostenlos zur Verfügung. Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist aber die Reintegrationsquote bemerkenswert, denn wenn man mit einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme wie den Arbeitsstiftungen davon ausgehen kann, daß 80 % der ohne ihr Verschulden freigesetzten Arbeitnehmer wieder in den Arbeitsprozeß zurückgeführt werden können, und zwar unabhängig von ihrem Alter und ihrem Geschlecht, dann ist das eine ganz hervorragende Leistung. Ich möchte allen jenen, die sich gerade in diesem Bereich der Arbeitsstiftungen in den vergangenen Jahren bemüht und verdient gemacht haben, ein herzliches Danke dafür sagen. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Für die Kärntner Arbeitnehmerförderung stehen für das Jahr 1999 156 Millionen Schilling zur Verfügung. Das ist jener Bereich, wo Spielräume genutzt wurden. Hier wurde nicht der Ermessensspielraum verkleinert, sondern vergrößert. Es sind de facto 30 Millionen Schilling mehr, die hier im Jahre 1999 zum Einsatz kommen. Die Maßnahmen der Kärntner Arbeitnehmerförderung umfassen unter anderem den Bildungsscheck, den Fahrtkostenzuschuß,

**Dr. Zernatto**

den Wohnbauzuschuß, die Lehrwerkstättenförderung sowie Jugendbeschäftigungsmaßnahmen. Ich möchte aber hier auch ganz klar etwas dazu sagen: So wichtig es ist, daß auch über die Arbeitnehmerförderung einkommensverbessernde Maßnahmen in Zukunft gesetzt werden, soweit sie finanzierbar sind, so wichtig ist es, daß wir ganz klar den Schwerpunkt erkennen, daß es hier ganz klare Prioritäten geben muß, die im Bereich beschäftigungsbildender Maßnahmen stehen. Dabei sind für mich besonders drei Gruppen von Bedeutung, die ich ersuche, auch im Arbeitnehmerförderungsbeirat besonders zu beachten und zu berücksichtigen. Es ist natürlich die Jugendbeschäftigung, die einen ganz besonderen Stellenwert haben muß, es sind aber auch die älteren Arbeitnehmer zwischen 45 und Eintritt ins Pensionsalter, denen unsere besondere Aufmerksamkeit gelten muß. Sie alle wissen, wie schwierig es für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, wieder einen adäquaten Arbeitsplatz im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung zu bekommen. Und es ist der dritte und damit beileibe nicht unwichtigste, sondern gleichrangige Stellenwert, den die Frauen in unserem Land in diesem Zusammenhang haben müssen. Wir haben das in der Vergangenheit auch immer wieder bewiesen. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)* Ich ersuche und fordere auf, daß vor allem die zusätzlichen Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, im Sinne dieser Schwerpunktbildungen auch tatsächlich für beschäftigungsbildende Maßnahmen zum Einsatz gebracht werden.

Ich darf daran erinnern, daß die Ende 1996 ins Leben gerufene "Aktion 10.000", zuerst im Lehrstellenbereich belächelt, eine zusätzliche Einstellung von rund 300 Jugendlichen bewirkt hat. Die im Vorjahr so erfolgreich begonnene "Aktion Plus 1" als Fortsetzung dieser "Aktion 10.000" hat bewirkt, daß rund tausend zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden konnten. Meine Damen und Herren, das bedeutet für uns heute, daß wir eines jener zwei Bundesländer in Österreich sind, die heute auf einen Ausgleich im Bereich des Lehrstellenangebotes und der Lehrstellennachfrage hinweisen können. Das ist aber auch ein Beweis dafür, meine Damen und

Herren, daß es nicht stimmt, daß in solchen Bereichen regionale Maßnahmen wenig Wirkung zeigen. Das heißt, daß es durch eine optimale Verknüpfung der hervorragenden Maßnahmen der Bundesregierung, die es gerade in diesem Bereich auch gegeben hat, mit den Möglichkeiten des Landes Kärnten zu einer signifikant besseren Entwicklung in Kärnten kommen kann als in anderen Bundesländern, welche diese Chance nicht genutzt haben. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Last but not least zum Thema Soziales: Im Bundesland Kärnten fallen folgende Aufgabenbereiche unter den Bereich Soziales: Ich zähle das bewußt auf, um hier die Vielfalt klar zu machen, die wir zu bewältigen haben und vielleicht auch, um damit darauf hinzuweisen, warum die ungeheure Ausweitung der Ausgaben in diesem Bereich erklärbar gemacht werden muß: Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt einschließlich Kinder- und Jugendanwaltschaft, Jugendschutz einschließlich der Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, Pflegegeldgesetz, Bundespflegegeldgesetz für Landeslehrer, Behindertenanwaltschaft, Rettungswesen, Flüchtlingsfürsorge, Familienförderung, Familien-, Partner- und Jugendlichenberatungsstellen, Angelegenheiten des Gleichbehandlungsgesetzes für Landesbedienstete sowie Frauenberatung. Diese Vielfalt und immer wieder neu hinzukommende Aufgabenbereiche verursachen eine Steigerung der Sozialausgaben des Landes unter Einschluß der Kostenanteile der Gemeinden. So betragen die Sozialausgaben - und jetzt bitte ich Sie, genau aufzupassen - laut Landesrechnungsabschluß 1980 noch 398,295.000 Schilling, laut Landesrechnungsabschluß 1992 1.188,710.000 Schilling und für das Jahr 1999 laut Landesvoranschlag 1.907,126.000 Schilling. So haben wir trotz Konsolidierung für Maßnahmen im Sozialbereich umfassende Finanzmittel vorgesehen. Ich glaube, das ist richtig und notwendig so, weil hier auch ein ganz klares Signal an die Öffentlichkeit gehen soll, daß es eine Ausgewogenheit zwischen notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch sozialer Fürsorge für jene Menschen in unserem Lande geben muß, die aufgrund welcher Umstände immer dieser Fürsorge bedürfen, weil

**Dr. Zernatto**

sie sie für sich selbst nicht erwerben können. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Aber hier auch ein paar klare Worte: Beim Studium der zunehmenden Überforderung des sogenannten Wohlfahrtsstaates darf natürlich nicht übersehen werden, daß trotz des sogenannten "geliehenen" Wohlstandes Armut und Not bei Arbeitslosen, Invaliden und Alten zugenommen hat. Wir müssen uns vom vollkommen überzogenen Wohlfahrtsstaat, der in den Jahren des hohen Wirtschaftswachstums nicht nur wirklich Bedürftige, sondern große Teile der Bevölkerung berücksichtigt hat, reformieren und zu einem Sozialstaat zurückkehren, der die wirklich sozial bedürftigen Menschen absichert.

Der Wohlfahrtsstaat mit seinen "Gießkannenförderungen", die vor allem in den 70er Jahren und Anfang der 90er Jahre zugenommen haben, scheint nach Vorliegen der Armutsstatistiken die wirklich Bedürftigen nicht erreicht zu haben. Wir müssen daher als wirtschaftlich dynamische Region die Kraft aufbringen, die Existenz der wirklich Benachteiligten in unserem Land nachhaltig zu verbessern. Der schwierige Weg von der Verwaltungs- zur Leistungsgesellschaft steht in keinem Gegensatz dazu, sondern ist die Grundvoraussetzung für die Sicherung von Spielräumen für sozialpolitische Maßnahmen zur Hilfe für die Notleidenden. Im Zentrum unserer Sozialpolitik müssen in Zukunft individuelle Hilfe und menschlich orientierte Maßnahmen stehen. Abschied nehmen müssen wir von der sogenannten Wohlfahrtsbürokratie und die Transferzahlungen auf unkompliziertem und direktem Wege den wirklich Bedürftigen zukommen lassen. Es wird aber auch eine Überprüfung der sozialen Leistungen stattfinden müssen. Eine alternative Hilfe muß überprüft werden. Einem Mißbrauch der sozialen Transferleistungen muß auf alle Fälle entgegengewirkt werden.

Im Gegensatz zum Wohlfahrtssystem ist das Sozialsystem weit mehr wert, als es kostet. Die Leistungen im klassischen Sozialbereich sind für viele Menschen die wichtigste Sicherung gegen die großen Lebensrisiken Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Armut. Damit diese Leistungsfähigkeit unseres sozialen Siche-

rungsystems in einer Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs erhalten bleibt, müssen wir dieses durchforsten und zeitgerecht gestalten.

Subsidiarität und Solidariät müssen die tragenden Prinzipien unserer Sozialpolitik sein! Die Subsidiarität organisiert die Solidarität. Diese gibt der Hilfe zur Selbsthilfe den Vorrang und bevorzugt die jeweils kleineren Gemeinschaften. Das im Jahr 1998 beschlossene Familienpaket bringt eine wesentliche Verbesserung der Situation der Familien. Dafür wird das Land Kärnten im Jahr 1999 66 Millionen Schilling aufwenden müssen. Wir werden auch die Familien weiterhin forcieren, denn sie bilden für uns den Kern einer sozialen Gesellschaft.

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Kärnten als Brückenkopf zum südosteuropäischen Raum und als Tor zum wirtschaftlich starken oberitalienischen Raum steht vor großen Herausforderungen. Mit dem vorliegenden Landesvoranschlag 1999 sind die Weichen für eine positive Entwicklung für das kommende Jahr gestellt. Kärnten präsentiert sich mit seinem Entwicklungsleitbild und seiner Olympiabewerbung gemeinsam mit Slowenien und Friaul-Julisch-Venetien als Region mit Zukunft.

Der Rechnungsabschluß 1997, der ja gemeinsam mit dem Landesvoranschlag 1999 zur Beschlußfassung vorgelegt wird sowie der Nachtragsvoranschlag 1998 zeigen eindrucksvoll, daß investive und zukunftsweisende Maßnahmen den Mittelpunkt unserer Budgetpolitik darstellen. Durch die Verwaltungsreform, mit dem Ziel einer schlanken Landesverwaltung, haben wir die dementsprechenden Spielräume für derartige Maßnahmen geschaffen.

Die bisherige Entwicklung läßt auch für 1998 erkennen, daß das veranschlagte Nettodefizit eingehalten werden wird. Das stärkt die Glaubwürdigkeit unserer Budgetpolitik und zeigt aber auch, daß der Voranschlag 1999 auf einer soliden Basis beruht: denn wir haben die Einnahmen und Ausgaben realistisch geschätzt. Glaubwürdigkeit ist für mich ein wichtiger Faktor - ich habe das vorher schon betont - der Budgetpolitik.

**Dr. Zernatto**

Das Land Kärnten leistet aber mit seiner Budgetpolitik auch einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der "Maastricht-Kriterien" durch Kärnten und durch Österreich. Die gemeinsame europäische Währung bietet vor allem für unsere Exportwirtschaft eine große Chance.

Ich möchte hier, bevor ich zum Schluß komme, an dieser Stelle allen herzlich danken, die an der Erstellung dieses Landeshaushaltes mitgewirkt haben. An erster Stelle möchte ich Dr. Felsner als Leiter unserer Finanzabteilung nennen, inklusive aller seiner aktiven und fleißigen Mitarbeiter, die in den letzten Jahren nicht nur im Rahmen der Budgeterstellung ungeheuer viel geleistet haben, sondern die vor allem auch im Rahmen des Budgetvollzugs die Garanten das ganze Jahr über waren, daß der erfolgreichen Budgeterstellung auch ein erfolgreicher Rechnungsabschluß gegenübergestellt werden konnte. Ich möchte mich auch besonders bei Prof. Lehner bedanken, der in all diesen Jahren quasi die wissenschaftliche Begleitung für unsere Budgetpolitik dargestellt hat. Ich meine, daß er vor allem am Beginn dieser Entwicklung ein ungeheuer stabilisierender Faktor, vor allem was das Zutrauen in diese richtigen Schritte anlangt, für die politisch Verantwortlichen in diesem Lande war. Ich sage das ganz bewußt, weil ich damit so etwas wie eine Hoffnung verbinde, daß wer immer es sein sollte - hoffentlich bin ich es selbst! - nicht vergißt, wer mit auch einer der Väter dieser Konsolidierungspolitik war.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie um die Zustimmung zu dem von der Kärntner Landesregierung vorgelegten Entwurf über den Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 1999, um die Genehmigung der Vollmachten und Zustimmungen und um die Beschlußfassung der mittelfristigen Vorschau über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung bitten! Das vorliegende Zahlenwerk sichert eine dynamische Entwicklung unseres Bundeslandes, schafft Arbeitsplätze durch Investitionen und dient der Absicherung des Wohlstandes durch zielorientierte Ausgaben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle endet das geschriebene Wort meiner Rede. Die politische Realität der letzten Tage veranlaßt mich aber zu einem kleinen

Extempore am Ende dieser Budgetrede. Es ist an sich ja etwas Positives, daß Presseaussendungen nicht automatisch Eingang in die Medien finden. Wenn ich jetzt den Herrn Klubobmann Strutz vor mir sehe, so spreche ich ihn wegen der Presseaussendungen ganz persönlich an. Bei all jenen Themen, die ich hier versucht habe, sehr umfassend aufzuzählen und die als Herausforderungen in Zukunft auf uns zukommen werden oder in denen wir schon mittendrin sind, geht es darum, gerade diese großen Aufgaben für das Land Kärnten in Gemeinsamkeit zu lösen! Nur die Gemeinsamkeit ist letztlich der Sicherungsfaktor für den Erfolg dieser Maßnahmen! Wenn in diesem Zusammenhang ein von mir angebotenes Parteiengespräch, das für den Rest dieser Legislaturperiode (bis zum 7. März des kommenden Jahres) wichtig ist, einfach vom Tisch gewischt wird und die Bereitschaft - sozusagen öffentlich deklariert - nicht besteht, solche Gespräche zu führen; mangels, wie behauptet wird, Zuverlässigkeit des Gesprächspartners: dann mag das in der politischen Auseinandersetzung witzig sein. Ich sage auch ganz offen, ich bin es mittlerweile viel zu lange gewohnt und ein viel zu altes Schlachtroß der Kärntner Landespolitik, als daß mich das persönlich in irgendeiner Form in meinem Wohlbefinden beeinträchtigen würde.

Aber ich sage das noch einmal, Herr Kollege Strutz: Schlagen Sie eine Hand, die Ihnen geboten wird, nicht mutwillig aus! Denn es geht nicht um die Bewältigung der Probleme in der FPÖ; es geht nicht um die Verbesserung der Chancen der ÖVP oder der SPÖ; sondern es geht, Herr Kollege Strutz, ausschließlich um die Wahrung der Chancen für das Land Kärnten! (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Plötzlich?! - Beifall von der ÖVP-Fraktion)

Dieses Land verdient zumindestens den Versuch - auch wenn er manchem schwerfällt -, sich über parteipolitische Grenzen hinweg in den wesentlichen Fragen dieses Landes zu einigen und eine gemeinsame Zielsetzung zu erarbeiten. Und es ist weder Feigheit noch Ratlosigkeit Ihres politischen Gegenübers, die uns diesen Weg der Gemeinsamkeit suchen läßt. Die einzige Motivation dazu - auch wenn es mir nicht immer leichtfällt - ist das ganz klare Bekenntnis dazu, daß mir ein Weg des Konsens

**Dr. Zernatto**

und der Gemeinsamkeit für dieses Land wichtiger und erfolgversprechender erscheint als jeder andere. Ersparen wir uns acht Monate Wahlkämpfe! (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Wer hat angefangen, von dem zu reden?*) Ersparen wir uns die Diskussion auf diesem Niveau! Ich bitte Sie und reiche die Hand noch einmal! Ich bitte Sie um dieses Parteiengespräch! Denn dieses Land hat einige Themen zu bewältigen, für die wir auch Sie brauchen. Das sage ich ganz klar dazu: Das wertet Sie nicht ab sondern durchaus auf. Aber auch dazu bin ich bereit, weil es im Sinne Kärntens ist. Danke vielmals! (Anhaltender Beifall von der ÖVP-Fraktion. - 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Das hätten Sie vor vier Jahren machen sollen!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Kollege Freunschlag! Ich darf dem Herrn

Landeshauptmann für die Einbegleitung des Budgetvoranschlages 1999 herzlich danke sagen! Ich darf in diesem Zusammenhang feststellen, daß wir am 25. und 26. 6. 1998 in einer zweitägigen Budgetdebatte hier Gelegenheit haben werden, die Meinungen der Fraktionen zum vorgelegten Landesvoranschlag 1999, den Nachtragsvoranschlag und die finanzielle Vorschau ausführlich zu diskutieren und zu beraten.

Bevor ich den Direktor des Landtagsamtes den Einlauf verlesen lasse, darf ich mitteilen, daß der Finanz- und Wirtschaftsausschuß um 12.25 Uhr im Kleinen Wappensaal Berichterstatterwahlen durchführt und anschließend, um 12.30 Uhr, der Land- und Forstwirtschaftsausschuß im Kleinen Wappensaal eine Sitzung absolviert.

Herr Landtagsamtsdirektor, ich bitte um die Mitteilung des Einlaufes!

### Mitteilung des Einlaufes

Direktor **Dr. Putz**:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Einlauf der heutigen Landtagssitzung besteht aus zwei Anträgen von Abgeordneten, und zwar

Anträge von Abgeordneten:

#### 1. Ldtgs.Zl. 723-1/27:

**Antrag von Abgeordneten aller drei im Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, FPÖ und ÖVP)** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß

1. künftig keine Gefahrguttransporte mit radioaktivem Material aus Atomkraftwerken durch Kärnten geführt werden und
2. dem Kärntner Landtag ein Bericht darüber vorgelegt wird, welche Transporte aus dem Atomkraftwerk Krsko durch Kärnten

bereits durchgeführt wurden, wie diese gesichert worden sind und inwieweit das Frühwarnsystem von den Betreibern des Atomkraftwerkes Krsko an das Land Kärnten gehandhabt wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Verkehrspolitik und Straßenbau**

#### 2. Ldtgs.Zl. 555-3/27:

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß bei einer eventuellen Ausgliederung des Umweltbundesamtes jedenfalls die Zweigstelle Süd in Klagenfurt aufrecht und erhalten bleibt.

Zuweisung: **Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik**



Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder**  
(SPÖ):

Das war die Mitteilung des Einlaufes. Ich darf  
abschließend allen Mitarbeiterinnen und Mitar-

beitern im Landtagsamt und auch der Protokoll-  
führerin und den Protokollführern recht herzlich  
danken! In diesem Sinne schließe ich die heutige  
Sitzung!

**Ende der Sitzung: 12.11 Uhr**